

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 56

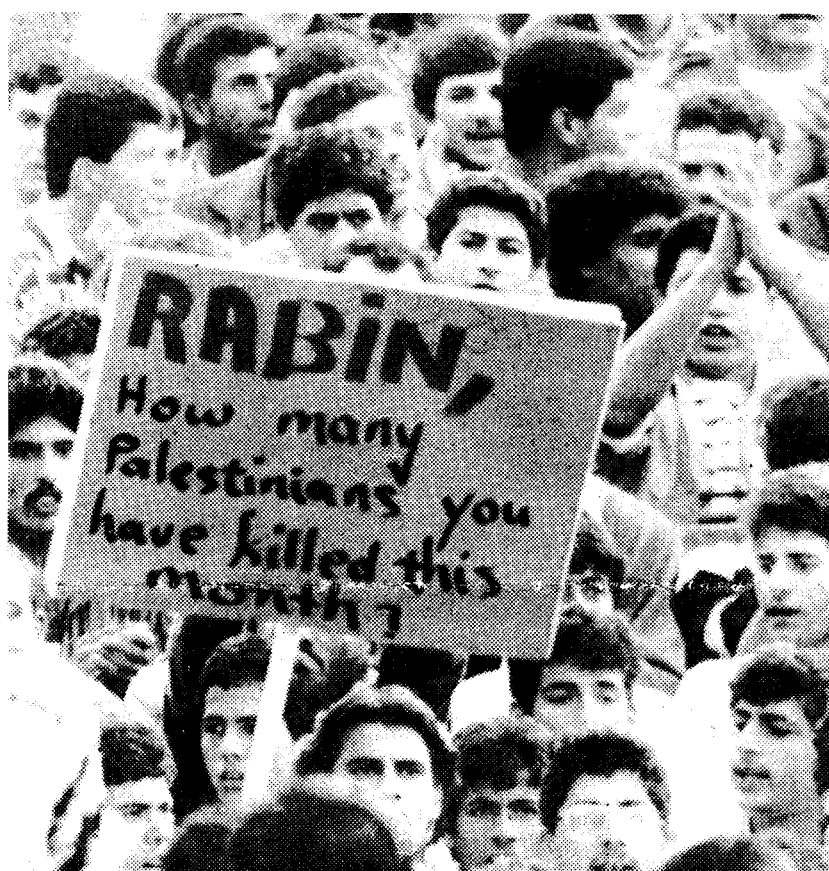
MÄRZ/APRIL 1988

DM 1,-

Palästinensischer Aufstand gegen zionistischen Terror

Die Palästinenser nennen es *Al Intifada*, „Der Aufstand“. Von Monat zu Monat haben sich die Massenproteste, die Anfang Dezember im Gaza-Streifen ausgebrochen waren, ausgebreitet und vergrößert, gingen über die besetzten Gebiete hinaus, umfaßten immer größere Gebiete, immer mehr Leute. Steine schmeißen sie gegen Gewehrkegel, Steinschleudern schwingen sie gegen Maschinengewehre, mit ihren eigenen Körpern werfen sie sich gegen ihre Peiniger, so haben die arabischen Massen von Palästina zehn Wochen lang gekämpft, ohne nachzulassen. Die zionistischen Einsatzkommandos haben es mit ihrer „Eisernen Faust“ mörderischer, wahlloser Raserei nur erreicht, alle Araber unter ihren Stiefelritten zu vereinigen – von den „Flüchtlings“ in den Konzentrationslagern des Gaza-Streifens über die israelischen Araber in Haifa und von Galiläa bis zu den Drusen- und Beduinengemeinden, die einmal als loyal gegenüber dem zionistischen Staat galten.

Israel „feiert“ den 40. Jahrestag seiner Existenz mit dem gleichen nackten Terror, mit dem es das palästinensische Volk enteignet und entrechtet hat, aus dessen lebendigem Leib die Zionisten ihr „gelobtes Land“ heraus schnitten. Der grauenhafte Vorfall, der sich in dem Dorf Salim auf der West-Bank ereignete und bei dem vier arabische Teenager von israelischen Soldaten und faschistoiden „Siedlern“ blutig geschlagen und dann lebendig begraben wurden, indem ein Bulldozer Erde und Dreck über sie kippte, rief selbst innerhalb der rabiat nationalistischen hebräischen Bevölkerung Israels Schockreaktionen hervor. Zwei Wochen später feuerten israelische Truppen Tränengasgranaten in die Entbindungstation eines Krankenhauses, und Hunderte von Scharfschützen umstellten die heilige Stätte der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, als Gläubige



Araber und Juden demonstrieren in Nazareth gegen Besatzung. Die zionistische Festung muß von innen heraus zerstört werden. Rechts: Israelische Soldaten terrorisieren palästinensische Frauen in Ramallah

zum Freitagsgottesdienst strömten.

Die Greuelthaten, die die Welt schockiert haben, sind nicht ein Irrtum oder ein Exzeß, sondern das Endresultat der zionistischen Enteignung und Entrechtung des arabischen Volkes von Palästina. Massenterror durch die gleiche Sorte von sadistischen Rassisten, aus

denen sich die Nazi-SS zusammensetzte, ist der einzige Weg, auf dem der israelische Staat seine Herrschaft über die mehr als zwei Millionen Palästinenser auf der West-Bank und im Gaza-Streifen aufrechterhalten kann. Israel raus aus den besetzten Gebieten!

Drusische Demonstranten, die am 14. Fe-



bruar auf den Golanhöhen zum sechsten Jahrestag der Annexion durch Israel protestierten, warfen Steine auf tausend israelische Grenzpolizisten und trugen Schilder mit der Aufschrift: „Wir werden den Golan mit Blut und Feuer befreien“. Jahrelang hatte sich die

Fortgesetzt auf Seite 9

Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten!

Stoppt die Nazis!

Als Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan vor den SS-Gräbern in Bitburg ihr antisowjetisches Bündnis besiegelten, gaben sie dem wiedererstarkenden deutschen Nationalismus und Antisemitismus starken Auftrieb. Die Nazis bekamen damit grünes Licht für ihren mörderischen Terror. Heute greift dieser Terror um sich, und die Faschisten werden vom Staat weiter ermutigt. Am 1. März wurden beide Frankfurter Polizisten – Fahrer und Kommandant –, die mit ihrem Wasserwerfer Günter Sare bei einer antifaschistischen Demonstration überrollten und töteten, freigesprochen. Am nächsten Tag wurde der Führer der faschistischen FAP, Michael Kühnen, aus der Haft entlassen,

damit er wieder selbst den „Einsatz“ leiten kann. Der Wahlerfolg von NPD und Republikanern in Baden-Württemberg setzt ein warnendes Zeichen. NPD, DVU, FAP/ANS und der Rest haben Wind in den Segeln.

Überfälle auf türkische Jugendliche und auf Homosexuelle, Brand- und Bombenanschläge auf Jugend- und Frauenzentren, sogar Mord. Das jüngste Opfer: Hausbesitzer Kai Uwe N. wurde am 20. Februar von acht Nazis mit Leuchtspurmunition angeschossen und dann mit dem Messer niedergestochen: akute Lebensgefahr, schwere Schädelbrüche, ein Lungenriß.

Gewalttaten der Nazis werden von V-Leuten angestiftet und auch mitgetragen. Die

faschistischen „irregulären“ Truppen der Bourgeoisie rekrutieren immer aus den bewaffneten Banden des bürgerlichen Staats – der Polizei und den Berufseinheiten der Armee. So preisen die „Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung“ vom Januar Hitlers Massenvernichtung von Juden durch Vergasung als ein Muster des „Wirtschaftlichkeitsprinzips“. Zweiundzwanzig der eingetragenen Mitglieder der neugegründeten Brauhemd-Bande „Republikaner“ sind Polizisten. Am 30. Januar, dem Jahrestag der Machtübernahme Hitlers, griffen Skinheads, organisiert von einem Bundeswehroffizier, der sie auch mit

Fortgesetzt auf Seite 4



Westberlin, 13. Februar: TLD marschiert in Einheitsfront mit VVN und SEW gegen Republikaner-Faschisten

Ligue trotskyste und Tribune communiste fusionieren

Revolutionäre Umgruppierung in Frankreich

Anfang Februar hielt die Ligue trotskyste de France (LTF), Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (iST), ihre neunte Konferenz zusammen mit der Gruppe Tribune communiste ab. Die Konferenz beschloß die Fusion der beiden Organisationen. Tribune communiste entstand aus dem „antiopportunistischen“ Milieu um die französische Kommunistische Partei (KPF). Das seit langem

Von der Illusion, die KPF zu reformieren, zum Trotzismus

bestehende Bestreben dieser Genossen, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen, eröffnete den Weg zu ihrem Bruch vom Stalinismus – der die Verteidigung dieser Errungenschaften unterminiert – hin zum Programm der Vierten Internationale Trotzki, das heute allein von der iST aufrechterhalten wird.

Die Lehren ihres Kampfes, zum Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren, haben internationale Bedeutung. Tribune communiste entsprang aus der von Michel Pablo angeführten Strömung, die in den frühen fünfziger Jahren den Trotzismus liquidierte, indem sie den „tiefen Entrismus“ in die reformistischen Massenparteien des Stalinismus und der Sozialdemokratie befürwortete. Die konsequentesten Anhänger Pablos, Michèle Mestre und Mathias Corvin, brachen organisatorisch mit Pablo, um ins Lager der KPF überzugehen. Dort blieben sie für ein Vierteljahrhundert als „loyale Opposition“ untergetaucht und veröffentlichten *le Communiste*. Die Genossen von Tribune communiste begannen 1979–81, von dieser „bedingungslosen“ Unterstützung der KPF wegzubrechen – sie unterstützten den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, wandten sich gegen die polnische Solidarność und gegen den Eintritt der KPF in Mitterrands antisowjetische Volksfront. Diese Positionen stellten ein Bestreben dar, sich gegen die dem Stalinismus eigene Klassenkollaboration zu stellen. Aber sie entdeckten, daß über die Fragen von Afghanistan, Polen und Mitterrand alle größeren vorgeblich trotzkistischen Organisationen in Frankreich, mit Ausnahme der LTF, mit Leib und Seele ein fester Bestandteil der antisowjetischen Volksfront waren.

Als Tribune communiste versuchte, aus der pabloistischen liquidatorischen Sackgasse auszubrechen, konfrontierte ihre politische Entwicklung sie direkt mit der Ligue trotskyste und der iST. Die LTF wurde in Frankreich zunehmend bekannt als „die Trotzisten, die die Sowjetunion verteidigen“ über Polen und Afghanistan. Und sie war auch die einzige Gruppe, die von Anfang an gegen Mitterrand und sein antiproletarisches Programm, im Dienst des NATO-Kriegskurses einschneidende Sparmaßnahmen durchzusetzen, auftrat. In den paar Jahren nach dem Bruch mit *le Communiste* ging Tribune communiste durch eine Reihe von lockeren „Komitees“, in der Absicht, die „antiopportunistischen“ Gruppierungen der KPF zusammenzubringen. Aber dieser Versuch, als externe Pressure-group am Rande Druck auf die KPF auszuüben, brachte nicht mehr Erfolg als „der tiefe Entrismus“ à la Pablo. Sie waren von der „Zirkelmentalität“ frustriert und stellten fest, daß die LTF einigen bescheidenen Erfolg dabei hatte, Militante direkt aus der KP-Jugend zu rekrutieren. Als sie in politische Diskussion mit der Ligue trotskyste traten und in Einheitsfrontaktion gegen rassistische Diskriminierung, kamen sie im Laufe der Untersuchung der



Paris, 27. Januar: KPF-organisierte Aktionseinheit gegen den Faschisten Le Pen. Gemeinsamer Block von Ligue trotskyste und Tribune communiste. Banner lautet: „Le Pen – Jetzt reicht! Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!“

Wurzeln des Stalinismus zu einem Verständnis des authentischen Programms des Leninismus und Trotzismus. Wir heißen sie in der internationalen Spartacist Tendenz willkommen, wo sie eine führende Rolle spielen werden, nicht nur in ihrer französischen Sektion.

„Eurokommunismus“ und „Antiopportunistismus“

Als Antwort auf den „Eurokommunismus“ entwickelten sich in den siebziger Jahren in vielen westeuropäischen KPen und ihrem Umfeld oppositionelle Gruppierungen, die eine mehr oder weniger traditionelle moskaufreundliche stalinistische Orientierung annahmen. Die Eurokommunisten versuchten, sich von Moskau zu distanzieren und eine „nationalkommunistische“ Haltung zu entwickeln, um ihren eigenen Herrschern zu versichern, daß sie „verantwortliche“ Partner in den erhofften neuen Volksfront-Regierungskoalitionen sein würden – z. B. die Versuche, mit der katholischen Kirche in Italien oder sogar mit dem spanischen König ein Übereinkommen zu erzielen! Der Antisowjetismus der Eurokommunisten war darauf angelegt, ihren „eigenen“ Bourgeoisien – und Washington – zu beweisen, daß man ihnen Ministerposten anvertrauen kann. So war er von Anfang an eng verflochten mit dem Appetit auf Klassenzusammenarbeit im eigenen Land.

Daß sich als Reaktion „linke“ oder „moskaufreundliche“ Strömungen innerhalb der europäischen KPen entwickelten, ist nicht neu oder überraschend. Für die bürokratischen stalinistischen Parteien sind Cliques und Fraktionen, die als Reaktion auf Rechtswendungen eine „kritische“ Haltung einnehmen, nichts Ungewohntes. Häufig werden sie durch den Umstand hervorgerufen, daß der Opportunismus von gestern am nächsten Tag oft ziemlich unhaltbar aussieht. So fehlt es nicht an linken Kritikern besonders grober Kapitulationen (besonders, nachdem sie geschehen sind), die jedoch die Rahmenbedingungen der „Unverletzbarkeit der Partei“ anerkennen und die ihre Unzufriedenheit an der Frage von „Persönlichkeiten“ festmachen – z. B. „Browder war Revisionist“, oder umgekehrt die Verherrlichung der „guten alten Tage“ von Togliatti oder Thorez. Um

vom stalinistischen Reformismus zu brechen und zum Weg von Lenin zurückzukehren, ist es nötig, die falsche Identifikation zu durchbrechen, die die Russische Revolution und den Kommunismus gleichsetzt mit den stalinistischen „Totengräbern der Revolution“, die die alten Bolschewiki ausgerottet haben und die die Kommunistische Internationale von einer revolutionären Weltpartei zu einer reformistischen Stütze der bürgerlichen Ordnung umwandelten.

Zur gleichen Zeit rief das Wachstum des Eurokommunismus innerhalb der traditionell moskautreuen KPen eine beträchtliche Unruhe bei den „linken“ und sogenannten „harten“ stalinistischen Milieus hervor. Daß die KPen vor der bürgerlichen Meinung auf dem Bauch lagen, stellte für die propagandistische Intervention der Trotzisten eine Öffnung dar. Der verstärkte antisowjetische Druck, der mit dem heuchlerischen „Menschenrechts“-Kreuzzug des US-Imperialismus begann (dem Versuch, die demütigende Niederlage Amerikas durch die vietnamesischen Arbeiter und Bauern mit „moralischer“ und militärischer Aufrüstung zu überwinden), brachte die einst „loyalen“ moskauorientierten KPen dazu, daß ihnen in aller Öffentlichkeit für protestwichtige „Dissidenten“ wie Solschenizyn und Sacharow das Herz blutete. Gleichzeitig reagierten sie verschämt oder noch schlimmer auf die aggressive internationale Unterstützungskampagne der Sozialdemokraten für die klerikalreaktionäre Solidarność in Polen. Durch den antisowjetischen Kreuzzug der imperialistischen Herrscher, der durch den russischen Einmarsch in Afghanistan den Siedepunkt erreichte, wurde die „friedliche Koexistenz“ der linken KPlen mit den Ausverkaufs-Führern ihrer eigenen Parteien deutlich instabil.

Die Sowjetunion war aus Gründen ihrer Verteidigung, insbesondere zur Sicherung der eigenen Grenzen, gezwungen, in Afghanistan zu intervenieren. Aber die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf „fremdem Boden“ und die notwendigen demokratischen und sozial fortschrittlichen Maßnahmen, die die mit Moskau verbündete Kabuler Regierung von oben her durchführte (z. B. die Befreiung der afghanischen Frauen von den mittelalterlichen Fesseln des Analphabetismus und des Schleiers), beschworen das Gespenst des Internationalismus heraufoder

des „Exports der Revolution“, des Inbegriffs der Ketzerei, die den Trotzisten vorgeworfen wird. Als der Imperialismus nach Blut schrie – und die USA die Gelegenheit für einen Stellvertreterkrieg an der sowjetischen Grenze ergriffen, indem sie die afghanischen Mörder bewaffneten und finanzierten, um sowjetische Soldaten umzubringen –, führte der Antisowjetismus der Eurokommunisten dazu, daß sie den Imperialismus offen unterstützten. Sie versicherten erneut ihre Treue zur „Demokratie“, indem sie den Rückzug der Roten Armee forderten. Das rief die Bildung noch bedeutenderer oppositioneller Tendenzen hervor, besonders in den spanischen und italienischen Parteien. Die Rolle von Afghanistan in diesen Polarisierungen wird durch die Spitznamen unterstrichen, die den linken Strömungen durch ihre Befürworter und Gegner gegeben wurden: „Afganos“ in Spanien, „Kabulisti“ in Italien und „Tankies“ in Britannien.

Doch diese Kritiker waren unfähig, einen effektiven Kampf gegen die eurokommunistischen Verräter zu führen, weil sie an der gleichen stalinistischen Politik von Klassenzusammenarbeit und Volksfront festhielten wie die Berlinguers und Carillos. Auch kleinere Gruppierungen mit mehr linken Impulsen, wie der britische „Leninist“ und seine türkischen Partner von den TKP-Leninisten, akzeptierten praktisch weiterhin den Rahmen des Minimal-Maximal-Programms einer „Revolution in Etappen“, der ein Markenzeichen des Menschewismus und Stalinismus ist. Gleichzeitig klammerten sie sich an die Illusion, die „kommunistische Weltbewegung“ reformieren zu können.

Im Grunde glaubten solche Tendenzen, man könne in dieser Periode des erneuerten Kalten Krieges durch Loyalität zur Sowjetunion „die Partei“ davon abhalten, Klassenkollaboration zu betreiben oder vor der Sozialdemokratie zu kapitulieren. Gorbatschows Entspannungskampagne hat diesen Illusionen einen brutalen Schlag versetzt. Gorbatschow stellt sich nicht nur permanente „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus vor, er kommt auch den Forderungen der Imperialisten nach, die Rote Armee aus Afghanistan abzuziehen! Diese oppositionellen Tendenzen, die sich über die Unterstützung der sowjetischen Intervention formierten, wurden zwangsläufig in Verwirrung gestürzt, wo sie jetzt nicht länger behaupten können, daß ihre linken Impulse in der sowjetischen Bürokratie oder einem Teil davon eine Stütze finden. Wenn sie sich nicht mit der entsetzlichen Aussicht solidarisieren wollen, die afghanischen Völker einem Mörder durch die islamische Reaktion auszulie-

Fortgesetzt auf Seite 9

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens, Barbara Köhler, Silvia Lenz (herausgebende Redakteurin), Renate Müller, Mark Richard, Max Schütz (Vorsitzender), Carola Walter (Produktion), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Bernd Fuchs

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Walter, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173 – 7430

Trotzkisten ehren „Drei L“ des Bolschewismus: Lenin, Liebknecht, Luxemburg



Spartakist

Erste Veranstaltung der TLD seit ihrer Rekonstituierung. Viele ihrer ehemaligen Mitglieder und Unterstützer setzten sich aktiv für den Wiederaufbau ein – dreien von ihnen wurde auf der Hamburger Veranstaltung als Anerkennung eine Hammer-und-Vier-Anstecknadel verliehen

Ende Januar hielt die Trotzistische Liga Deutschlands (TLD) in Hamburg und Westberlin Veranstaltungen zu Ehren der „Drei L“ des Bolschewismus ab: W. I. Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Veranstaltungen standen in der kommunistischen Tradition, diesen Führern im Monat Januar Achtung zu erweisen. Lenin starb in diesem Monat, Liebknecht und Luxemburg wurden ermordet (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe, Nr. 13, Herbst 1987).

In Ost- und Westberlin hatten während dieses Monats stalinistisch organisierte Demonstrationen für die „Zwei L“ – unter Hinweglassung Lenins – stattgefunden. Ebenso wie Stalin Lenin zu einem Götzen machte, um dessen Autorität in den Dienst seines Verrats an der Weltrevolution stellen zu können, wollen die deutschen Stalinisten aus den revolutionären Internationalisten Liebknecht und Luxemburg nationalistische Demokraten machen. So war es in Westberlin der SPD sogar möglich, die Manifestation politisch zu dominieren. Diese Partei, die direkt für den Mord an Rosa verantwortlich ist, bringt sie heute ein zweites Mal um, indem sie die jüdische Revolutionärin, Führerin der deutschen Arbeiterklasse, in ein antisowjetisches Werkzeug zu verwandeln sucht.

Die Gedenkveranstaltungen der TLD hingegen betonten, daß die beste Ehrerbietung an die „Drei L“ ist, aus deren Leben die richtigen Lehren zu ziehen. So hob die Rednerin Silvia Lenz hervor, daß anders als die bolschewistische Partei, die sich in der Illegalität geformt hatte und in harten Kämpfen reifen konnte – sowohl durch fraktionelle Kämpfe innerhalb der Partei wie auch im Klassenkampf –, die deutsche Kommunistische Partei erst zwei Wochen alt war, als ihr die besten Führer durch die Konterrevolution geraubt wurden. Während Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwar ein unversöhnliches Konzept von der Notwendigkeit politischer Klarheit statt opportunistischer Einheit besaßen, verstanden sie doch nicht wie Lenin und die Bolschewiki, daß im Aufbau einer proletarischen Avantgardepartei der Schlüssel zur Revolution liegt.

In Berlin kam der Gedenkkundgebung der TLD eine besondere Bedeutung zu: Hier fand die Wiege des Spartakusbundes, hier fand zum Jahreswechsel 1918/19 die Gründung der Kommunistischen Partei statt, und hier wurden in den Januarkämpfen Rosa und Karl von der Reaktion ermordet. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der Verlesung der Grußworte Oskar Hippe, der einst selbst in den Reihen des Spartakusbundes ge-



Spartakist

TLD-Kundgebung zu Ehren der „Drei L“ in Westberlin am 31. Januar an der Luxemburg-Gedenkstätte am Landwehrkanal. Der kleine Demonstrationszug hatte vorher im Tiergarten haltgemacht und im Gedenken an Karl Liebknecht an dem Ort, an dem er von hinten erschossen wurde, einen Strauß roter Nelken niedergelegt

kämpft hatte. An der Veranstaltung beteiligte sich ebenfalls der Redakteur der trotzistischen Zeitschrift *Permanente Revolution* in den Jahren 1932/33. Die über dreißig Versammelten begrüßten den Vorschlag der Versammlungsleitung, sich in einem Demonstrationzug zu den Gedenkstätten für Luxemburg und Liebknecht im Tiergarten zu begeben. Die Demonstration machte Halt an dem Ort, wo Liebknecht von hinten erschossen worden war. Eine junge Genossin legte einen Strauß roter Nelken nieder. Die Kundgebung fand dann an der Brücke statt, wo Luxemburgs toter Körper von ihren Mördern in den Landwehrkanal geworfen worden war.

In der Frontstadt Westberlin war es besonders angebracht, darauf hinzuweisen, welchen Zusammenhang die „Drei L“ zwischen der russischen und der deutschen Revolution gesehen hatten. Liebknechts erste Handlung, nachdem ihn die Revolution 1918 aus dem Gefängnis befreit hatte, war es, den Genossen in der Russischen Botschaft seine Glückwünsche zu überbringen. Genossin Silvia Lenz sagte in ihrer Ansprache:

„Revolutionäre bezeugen sich dadurch, daß Worte und Taten nicht zweierlei sind, sondern daß man lebt, wie man redet. Am 2. Dezember 1914 war Karl Liebknecht der einzige Abgeordnete, der gegen die Kriegskredite stimmte. Am 1. Mai 1916 kam Karl Liebknecht von dem Schlachten und Grauen der Front nach Berlin und führte Zehntausende von Arbeitern an unter der Losung: ‚Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!‘“

Genosse Fred Zierenberg führte aus:

„Als Lenin nach dem zweiten Schlaganfall nur noch diktieren konnte, kämpfte er darum, daß Trotzki mit ihm einen Block einginge, um Stalin abzusetzen. Er schreibt in dem Brief (Lenins ‚Testament‘, verfaßt Ende 1922/Anfang 1923), daß Stalin als Generalsekretär eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert hat und daß er nicht weiß, sie entsprechend zu gebrauchen. Er erwähnte Trotzki als fähigsten Mann im ZK, und in einem Anhang schreibt er, daß Stalin zu grob ist, daß man überlegen muß, ihn abzusetzen und durch jemanden zu ersetzen, der sich vor allem dadurch unterscheidet, diese Macht nicht zu mißbrauchen... Doch Trotzki, der erst spät in die bolschewistische Partei eingetreten war, fühlte sich selbst isoliert und war zurückhaltend.

Wegen der Isolierung der Russischen Revolution, wo die KP-Führer wie Brandler erst nicht wußten, was sie tun sollten, dann keinen Termin für den Aufstand festlegen wollten und schließlich die So-

zialdemokraten darüber abstimmen ließen, ob einer stattfinden soll, konnte die von Stalin angeführte Bürokratie siegen. Das ist eine Niederlage. Aber gleichzeitig sind heute noch die Grundlagen der Oktoberrevolution, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, erhalten, und wir verteidigen sie gegen den Imperialismus... Lenin wußte, daß nur die internationale Revolution die Isolierung der Sowjetunion zerbrechen kann. Mit seiner letzten Kraft hat er auf nationaler Ebene gegen die Bürokratie gekämpft, und international hat er darum gekämpft, die Erfahrung der Russischen Revolution zu vermitteln, den Aufbau eines kommunistischen Kadets, der die Kapazität hat, die Weltrevolution zu führen. Die internationale Spartacist Tendenz will diesen Kampf weiterführen. Für den Aufbau einer internationalen Partei! Für die Wiederschaffung der Vierten Internationale, die mit dem Programm der ‚Drei L‘ bewaffnet ist!“ ■

Grußworte des Genossen Hippe

Oskar Hippe trat schon als Jugendlicher in die Reihen des Spartakusbundes ein. Er war ein aktiver Kämpfer in der KPD und wurde zu einem Mitbegründer der trotzistischen Linken Opposition. Illegalität und Haft unter dem Faschismus sowie Verfolgung durch den Stalinismus haben diesen über 80jährigen sozialistischen Veteranen nicht von seiner trotzistischen Überzeugung und seinem Kampf für die internationale sozialistische Revolution brechen können. Diese Grüße bezeugen, daß prinzipienfeste Einheit höher steht als Einheit als Prinzip.

Mit den Wünschen für ein erfolgreiches Gelingen der TLD-Veranstaltung:

Um die vorrückende Konterrevolution nicht nur im Zaum zu halten, sondern zu schlagen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, die Einheit der trotzistischen Bewegung wiederherzustellen.

Man kann nicht davon sprechen, daß die Neugründung der Sozialistischen Partei zwischen GIM und KPD/ML der Ausgangspunkt einer revolutionären sozialistischen Bewegung ist. Es zeigt sich

gerade, daß zwei so heterogene Organisationen unter dem Einheitsbegriff, eine revolutionäre sozialistische Bewegung zu schaffen, nicht in der Lage waren, ihre bestehenden Differenzen in einer einheitlichen Organisation aufzufangen, sondern daß sich nach wie vor die Gegensätze vertiefen.

Gerade die Sozialistische Zeitung (SOZ) ist voll mit Leserbriefen gegen den Genossen Trotzki, den Marxisten unserer Zeit, weil sie ihm niemals verziehen haben, daß er im Jahre 1921 den Matrosenaufstand in Kronstadt zur Rettung vor der Konterrevolution niederschlug. Denn es waren nicht die Matrosen der Aurora, die den Aufstand einleiteten, sondern die Matrosen, die sich der anarchistischen Bewegung verschrieben haben.

Die Ideen, die Trotzki während der Russischen Revolution in seiner Auseinandersetzung mit den stalinistischen Kräften vertreten hat und die er bis zu seiner Ermordung aufrechterhielt, beweisen, daß Trotzki der Marxist unserer Zeit ist.

Westberlin, den 30. Januar 1988

Abonniert!



12 Nummern DM 10,-
einschließlich SPARTACIST

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Postgirokonto Frankfurt/Main
119 88-601 (Verlag Avantgarde)

Stoppt die Nazis!

Fortsetzung von Seite 1

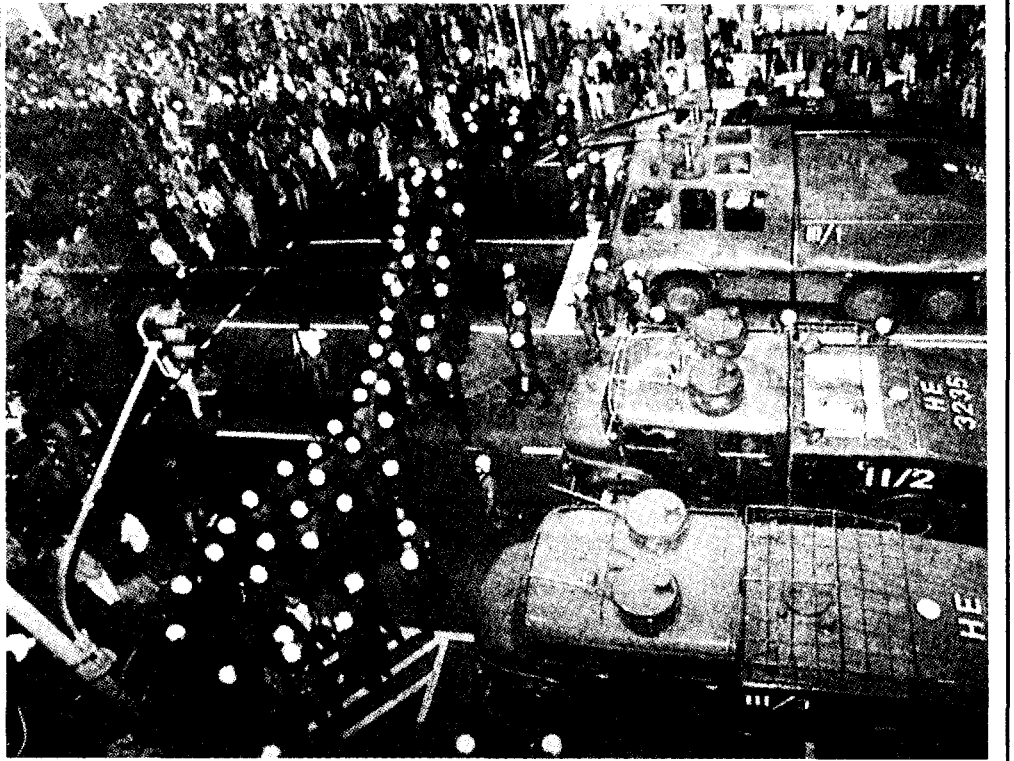
Panzerfäusten bewaffnet hatte, ein Heim für Asylbewerber in Schriesheim mit Knüppeln und Pistolen an. Zwei indische Bewohner wurden krankenhaushausreif geprügelt.

Westberliner Schüler mit „jüdisch klingenden“ Namen erhalten Morddrohungen; durch Naziaktivitäten an Oberschulen sahen sich die Schüler dort gezwungen, einen „Zusammenschluß Berliner Schüler gegen Neonazis“ zu gründen. Die Faschisten greifen zuerst die Schwächsten in der Gesellschaft an. Doch keine bloßen Scharmützel auf der Straße werden sie stoppen. Dies kann nur geschehen im Kampf gegen den Machtapparat der Bourgeoisie.

Doch viele Kräfte, die die Nazis bekämpfen wollen, haben nur die fatale Strategie des Vertrauens in den bürgerlichen Staat anzubieten. Zwei Protestaktionen in letzter Zeit zeigen, wie dringend erforderlich es ist, die Lehren zu ziehen. Am 13. Februar zog eine Protestdemonstration von 800 zur Westberliner Trabrennbahn Mariendorf, wo eine Kundgebung der sinistren Republikaner geplant war. Diese Gruppe ist eine ultrarechte Abspaltung von Franz Josef Strauß' CSU, vereinigt mit den Resten der altnazistischen NPD. Doch obwohl Flugblätter der Organisatoren dazu aufriefen, die „Nazis zu stoppen“ und Plakate der SEW „Nazis raus aus Westberlin!“ forderten, rief ein VVN-Banner dazu auf, die Republikaner auf die Liste verbotener Organisationen setzen zu lassen. In Westberlin ist dieser Appell an eine bürgerli-

„Mörder, Mörder!“ erschallte es im Gerichtssaal nach dem Freispruch des Fahrers des Wasserwerfers, von dem Günter Sare überrollt und getötet worden war. Günter Sare hatte gemeinsam mit über 700 Gewerkschaftern und Linken am 28. September 1985 gegen das faschistische NPD-Treffen in Frankfurt am Main protestiert. Massiver Polizeiterror entlud sich gegen die antifaschistischen Demonstranten, um den Nazi-Abschaum zu schützen. (Das Foto zeigt den Polizeieinsatz gegen die Trauerkundgebung für Günter Sare am folgenden Tag.) Von Hitlers Nachfolgestaat ist keine Gerechtigkeit zu erwarten. Die Urteilsbegründung, Sare habe sich „fast wie ein Selbstmörder verhalten“, verhöhrt seine Mutter und seine Schwester, die gegen das Urteil protestierten. Ehrt das Andenken dieses Antifaschisten! Die TLD schrieb in ihrem Flugblatt vom 4. Oktober 1985: „Rache für Günter Sare! Stoppt Nazi/Polizerterror durch Massenaktionen von Gewerkschaften, ausländischen Arbeitern und jüdischen Organisationen!“

Frankfurter Rundschau



ten!“, „Stoppt den rassistischen Terror gegen Flüchtlinge!“ TLD-Genossen riefen: „Begrabt Schönhuber in Bitburg!“ Dieser Mochteger-Hitler, Führer der Republikaner, brüstet sich mit seiner Vergangenheit als SS-Offizier.

Eine Woche später versammelten sich am 20. Februar 400 Demonstranten im Hamburger Stadtteil Wandsbek, um das Flüchtlingslager Kattunbleiche vor einem angekündigten faschistischen Angriff zu schützen. Die reaktionäre Springer-Presse in Hamburg

und DKP. Das Plakat der TLD mit der Aufschrift „Afghanistan: Rote Armee muß siegen!“ verursachte Aufregung unter den Grünen, die die Mullahs so lieben, und ein offizieller Sprecher der Demonstration vom KB inszenierte vom Lautsprecherwagen aus einen Angriff von Spontis auf das Plakat. Doch diese antikomunistischen Gangsterschaften es nur, TLD-Plakate zu zerreißen, die zur Verteidigung von Immigranten aufriefen. Diese Schläger waren offenbar auf der falschen Demonstration!

Auf der Rückseite des beanstandeten Plakats war die Losung: „Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!“ Wir sind der Ansicht: genau wie es notwendig war, daß die Rote Armee den Hitlerschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg zerschlug, muß die Rote Armee heute mit der CIA-unterstützten afghanischen feudalen Reaktion aufräumen; ein Rückzug würde nicht nur ein Blutbad in Afghanistan, sondern eine Niederlage für die antirassistischen Kräfte in der ganzen Welt bedeuten. Nach dem Angriff drückten zahlreiche Teilnehmer ihre Empörung über den Angriff in Diskussionen mit unseren Genossen aus, und mehrere türkische Arbeiter kauften auch den *Spartakist*.

Die bis jetzt relativ schwachen faschistischen Banden fühlten sich *dieses Mal* noch nicht in der Lage, ihren rassistischen Terror *mitten im proletarischen Ballungszentrum Hamburg* auszuüben. Die Protestdemonstration wurde von den Organisatoren nur als „symbolische Aktion“ angesehen. Doch die Faschisten verstehen nur eine Sprache. Erst wenn sie eine wirksame Lektion erteilt bekommen und die Bekanntheit mit dem Straßenpflaster machen, werden sie ihre mörderischen Umtriebe einstellen.

Die einzige Kraft, die den Faschisten den Garaus machen kann, ist die *organisierte Arbeiterbewegung*. In Rheinhausen kämpfen deutsche und eingewanderte Arbeiter zusammen gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Hier liegt die soziale

Macht, die entfesselt werden muß. Doch wurde die Arbeiterklasse bisher von ihren sozialdemokratischen Irreführern zurückgehalten durch die Strategie, sich an die Spielregeln der Bosse zu halten und sich auf den Staat zu verlassen.

Die mächtige westdeutsche Arbeiterklasse wird von DGB/SPD im Kampf gegen Rassismus und wachsende faschistische Gefahr schweigend abseits gehalten. In Rheinhausen wie im Kampf gegen die Nazi-Banden – in den Flüchtlings-KZs, wo Asylanten in Wohncontainern, Zelten und Holzbaracken dem rassistischen Terror hilflos preisgegeben werden, in den Immigrant-Wohnbezirken – überall gilt das gleiche: ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Notwendig ist eine revolutionäre Führung, die die geballte Macht der stark organisierten westdeutschen Arbeiter entfesselt!

Im Kampf gegen den rassistischen Terror haben unsere Genossen in den Vereinigten Staaten den Weg gezeigt. Als für den 27. November 1982 der mörderische Ku Klux Klan den ersten Aufmarsch seit den zwanziger Jahren in der überwiegend schwarzen Stadt Washington D.C. angekündigt hatte, initiierte die Spartacist League/U.S. eine Einheitsfront-Mobilisierung. Wichtige Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im ganzen Gebiet drückten ihre Unterstützung aus, und in kürzester Zeit – trotz Sabotage und Drohung durch die Bezirksregierung – wurde eine Mobilisierung zustande gebracht, die über 5000 hauptsächlich schwarze Arbeiter und Gewerkschafter umfaßte. Der Klan wurde gestoppt. Die Polizei eskortierte schändlicherweise die Handvoll aufgeschreckter Nazis aus der Stadt hinaus, und die Klan-Gegner strömten über die Straße und versammelten sich auf dem Platz, wo der völkermörderische Klan seine Kundgebung abhalten wollte. Auf dem Platz war kein Klan-Kreuz, keine weiße Klan-Robe zu sehen – nur die roten Banner der Arbeiterklasse! ■



Hamburg, 20. Februar: TLD-Block bei der Aktion zum Schutz des Flüchtlingslagers Kattunbleiche

che Regierung direkt an die imperialistischen alliierten Besatzungsmächte gerichtet!

Die Trotzistische Liga marschierte unter den eigenen Bannern in einer Einheitsfront mit VVN und SEW, mit einem organisierten Ordnertrupp zum Schutz der Demonstration. TLD-Plakate trugen die Losungen: „Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten! Zerschlagt die Faschisten!“, „Afghanistan: Rote Armee muß siegen!“, „Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!“, „Volle Staatsbürgerrechte für Immigran-

hatte versucht, dieses vom Staat schändlich vernachlässigte verwohnte Heim – praktisch ein Konzentrationslager für die Bewohner, denen die Abschiebung droht – in Verbindung mit „Drogenhandel“ zu bringen. Als Reaktion darauf fühlte sich Kühnens ANS zusammen mit Skinheads ermutigt, in ganz Norddeutschland zum Angriff aufzurufen.

Die antifaschistische Gegenmobilisierung wurde von einer ähnlichen Koalition organisiert wie die vorangegangene in Westberlin. Dabei waren Grün-Alternative Liste, VVN

SPD deportiert – deutsche „Linke“ retuschiert



Der Spiegel



BR/VKL Krupp



MSZ

Als die Rheinhausener Stahlarbeiter am 10. Dezember die Brücke nach Duisburg blockierten, ging das linke obere Foto um die Welt. Auch der *Spartakist* verwendete es für den Titelseitenartikel seiner Januarausgabe: „Räumt die Kohl-Bande weg durch Klassenkampf!“ Einigen Leuten war es jedoch ein Balken im Auge, daß bei dieser Aktion türkische Immigranten gut sichtbar mit einem TKP(B)-Banner mitten drin waren. Der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen veröffentlichte eine „Solidaritäts“-Broschüre, auf deren Titelsei-

te ein Bagger die türkischen Arbeiter verschwinden läßt, deren Interessen er vertritt (ztritt). Dies hindert den KB nicht daran, im *Arbeiterkampf* für die Broschüre zu werben. Völlig unverhüllt ist der Rassismus der MG (*MSZ* Nr. 2, Februar 1988): Das türkische Banner wird einfach wegretuschiert und durch ein deutsches Banner ersetzt. Die Sozialdemokratie ist allzeit bereit, die Arbeiterimmigranten und ihre Familien abzuschieben, wenn die Kapitalisten sie nicht mehr brauchen. Die deutsche Linke leistet Unterstützung.

Die Bolschewiki und „Export der Revolution“

In seiner Rede auf dem 27. Kongreß der KPdSU im Februar 1986 denunzierte Gorbatschow „revolutionären Krieg“ als „trozkistische“ und „linkskommunistische“ Ketzerei. Die Partisanen der „friedlichen Koexistenz“ erheben jetzt den „Export der Revolution“ als Anklagepunkt Nummer Eins gegen den Trozismus. Lenin wird dabei als Pazifist gemalt. Wir veröffentlichen folgenden Artikel aus Spartacist (englische Ausgabe) Nr. 29, Sommer 1980, in leicht gekürzter Fassung.

Eine Neuuntersuchung der Frage der „Revolution von außen“ ist angesichts der Unterstützung, die große Teile der Linken dem Zeter und Mordio der Imperialisten über Afghanistan geben, wohl angebracht. Denn selbst während die Bolschewiki das Programm der „Revolution von außen“ ablehnten, erhielten sie doch das Prinzip und die Perspektive aufrecht, die Rote Armee zur Förderung von Revolutionen in anderen Ländern einzusetzen.

Der russisch-polnische Krieg

Die Frage, eine „Revolution von außen“ durchzuführen, kam bei den Bolschewiki als Folge des russisch-polnischen Krieges 1920 auf. Diese Formulierung und die darauffolgende Debatte waren mit dem Verlauf und dem Ergebnis dieses Krieges organisch verbunden.

Im April 1920 startete Józef Pilsudski, der bürgerlich-nationalistische „Befreier“ Polens, ohne jeden Anlaß einen Angriff auf die sowjetischen Kräfte in der Ukraine. Gestützt durch den französischen Imperialismus, hatte Pilsudski Ambitionen, ein „Großpolen“ wiederherzustellen und die Ukraine sowie Teile der baltischen Staaten wieder unter polnische Herrschaft zu bringen. Die sowjetische Regierung, die verzweifelt versucht hatte, einen Frieden mit Polen auszuhandeln, wurde unvorbereitet getroffen und mußte Kiew und große Teile der Ukraine aufgeben. Aber die Rote Armee bot neue Truppen auf und begann im Juni einen erfolgreichen Gegenangriff, der die zu weit auseinandergezogenen polnischen Armeen ins Wanken brachte und zu einem ungeordneten Rückzug zwang. Bis Ende Juni waren die sowjetischen Armeen, fast ohne auf Widerstand zu stoßen, bis an die Grenzen von Nationalpolen vorgedrungen. Die Frage war nun auf den Punkt gebracht: einen Frieden mit Pilsudski schließen oder zur Offensive in einem revolutionären Krieg gegen Polen übergehen? Genau diese quälend schwierige Frage wurde im Politbüro der Bolschewiki debattiert.

Keiner der bolschewistischen Führer sah revolutionären Krieg gegen Pilsudskis Polen als prinzipiell unzulässig an. Die Debatte konzentrierte sich eher auf zwei miteinander verbundene empirische Fragen. Erstens: würde der Vormarsch der Roten Armee nach Polen einen Aufstand des Proletariats entzünden, der dazu führte, daß die Bauern den sowjetischen Streitkräften helfen, daß es Meutereien unter Pilsudskis Truppen gibt usw.? Zweitens: wie würden die sowjetischen Völker nach der Verwüstung durch sechs Jahre Krieg und Bürgerkrieg einen neuerlichen größeren Krieg aushalten? Je stärker die revolutionären Kräfte in Polen selbst wären, desto geringer wären die Anforderungen an die Offensivfähigkeit der Roten Armee und, dahinter, an die russischen und ukrainischen Massen.

Von den bolschewistischen Spitzenführern befürwortete nur Trotzki die Aus handlung eines sofortigen Friedens mit Polen. Später, in seiner Autobiographie von 1930, erklärte Trotzki seine Position wie folgt:

„Vielleicht bin in erster Reihe ich es gewesen, der diesen Krieg zu vermeiden trachtete, denn ich hatte nur zu klar vorausge-



Nur der Sieg der Roten Armee kann den afghanischen Völkern Frieden und Aussicht auf nationale und soziale Befreiung bringen. Ihr Abzug würde ein Blutbad bedeuten

sehen, wie schwer es uns werden würde, ihn nach drei Jahren ununterbrochenen Bürgerkrieges zu führen...

Es entstand und festigte sich eine Stimmung, den Krieg, den wir als einen Verteidigungskrieg begonnen hatten, in einen revolutionären Angriffskrieg zu verwandeln. Prinzipiell konnte ich natürlich keine Argumente dagegen haben. Die Frage lief auf das Kräfteverhältnis hinaus. Eine unbekannte Größe bildete die Stimmung der polnischen Arbeiter und Bauern.“ (Mein Leben)

Trotzki glaubte, daß eine russische Offensive gegen Pilsudski nur mit Erfolg rechnen könnte, wenn eine proletarische Revolution in Polen frühzeitig ausbrechen würde. Und er hatte gute Gründe, zu bezweifeln, daß eine kommunistische Revolution in Polen so nahe bevorstand. Er hörte sich die nüchternen Einschätzungen von führenden polnischen kommunistischen Emigranten wie Julian Marchlewski und Karl Radek an. Marchlewski scheute offensichtlich keine Mühe, das russische Politbüro zu überzeugen, die Invasion Polens zu unterlassen. Aber wahrscheinlich hatte niemand einen so starken Widerstand gegen einen Krieg mit Polen wie Radek, der glaubte, daß russische Truppen, die auf polnischem Boden marschierten, von den Massen als Eroberer und nicht als Befreier angesehen würden, selbst wenn sie das Banner trügen: „Für unsere Freiheit und eure!“ Radek drängte die bolschewistischen Führer, die polnische Revolution von alleine reifen zu lassen, bevor sie ihr russische Truppen zu Hilfe schicken.

Es gab eine eindeutige Logik in dieser Position. Wenn die sowjetische Regierung einen Frieden mit Pilsudski schloße, gewännen sowohl die Rote Armee als auch die polnischen Kommunisten Zeit, um die Kräfte für die Offensive gründlicher zu sammeln. Wenn Pilsudski ein großzügiges sowjetisches Friedensangebot zurückweisen und den Krieg unvermeidbar machen würde, wären die polnischen Massen in der Lage, deutlich zu sehen, wer der wirkliche Aggressor ist.

Von den anderen bolschewistischen Führern befürwortete Lenin am nachdrücklichsten, zur Offensive gegen Polen überzugehen. Ohne Zweifel war Lenin beeindruckt von der Wirkung, die Pilsudskis Angriff gegen die Ukraine auf die sowjetischen Streitkräfte hatte. Die Rote Armee schien mit Sicherheit bereit und willens, die im Rückzug begriffenen, demoralisierten Einheiten der polnischen Armee in die Flucht zu schlagen. Aber was für Lenin die Frage wohl entschieden hat, waren die Berichte, die er von polnischen Kommunisten wie Felix Kon und P. L. Lapinski direkt aus Polen bekam. Kon und Lapinski, die aus dem Anti-Luxemburg-Flügel der alten polnischen sozialistischen Bewegung kamen und von denen man daher annehmen konnte, daß sie ein Gespür für die nationalen Empfindungen der polnischen Massen hatten, kündigten an, daß die Revo-

lution in Warschau vor der Tür stehe.

Darüber hinaus richtete Lenin seinen Blick auf Berlin. In Deutschland schien die Revolution in der Tat vor der Tür zu stehen. Erst vor einigen Monaten hatte das deutsche Proletariat den rechten Kapp-Putsch mit einem Generalstreik zurückgeschlagen und außerdem verhindert, daß französische Munitionslieferungen Polen erreichten, nachdem Pilsudski die Ukraine angegriffen hatte. In einem revolutionären Krieg gegen Polen stand enorm viel auf dem Spiel. In einem gewissen Maß waren Lenin und die Politbüro-Mehrheit bereit, den Grad der polnischen Unterstützung für die Sowjetisierung Polens dem Ziel unterzuordnen, sich eine gemeinsame Grenze mit Deutschland zu sichern, das sich in heftiger revolutionärer Gärung befand. Und mit Sicherheit hätte der ganze Verlauf der neueren Geschichte grundlegend verändert werden können, wenn die Rote Armee in dem Zeitraum 1920–23 an der deutschen Grenze gestanden hätte.

Seine vollständigste Aussage über die internationale Bedeutung des polnischen Krieges machte Lenin in einer Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie am 2. Oktober 1920:

„Der Versailler Frieden hat aus Polen einen Pufferstaat gemacht, der Deutschland vor der Berührung mit dem Kommunismus Sowjetrußlands bewahren soll und den die Entente als Waffe gegen die Bolschewiki betrachtet...“

Wäre Polen ein Sowjetstaat geworden, hätten die Warschauer Arbeiter von Sowjetrußland die Hilfe erhalten, die sie erwarteten und die sie begrüßten, so wäre der Versailler Frieden zunichte gemacht

worden und das ganze internationale System, das ein Ergebnis der Siege über Deutschland ist, wäre zusammengebrochen. Frankreich hätte dann nicht mehr den Pufferstaat, der Deutschland von Sowjetrußland trennt.“ (Werke Bd. 31)

Ironischerweise hatten Lenin und Trotzki jetzt, verglichen mit den Differenzen über den Brest-Litowsker Frieden 1918, die Rollen getauscht. Zu jener Zeit war es Lenin, der am unnachgiebigsten für den Abschluß des „schändlichen Friedens“ eintrat, um dem neugegründeten Sowjetstaat eine Ruhepause zu sichern. Trotzki setzte mit seiner Position „weder Krieg noch Frieden“ auf eine mehr oder weniger nah bevorstehende Revolution in Deutschland.

Während die Ereignisse von 1918 Lenin recht gaben, entsprach der Verlauf des russisch-polnischen Krieges nicht seinen optimistischen Erwartungen. Die polnischen Bauern – aufgehetzt durch den katholischen Klerus – lehnten die vorrückenden Roten als Eroberer ab und sahen sie nicht als Befreier. Die Erinnerung an anderthalb Jahrhunderte nationaler und religiöser Unterdrückung waren in den Köpfen der Mehrheit der polnischen Landbevölkerung noch wach. Und die Zwangsrequisierungen von Getreide durch die Rote Armee, verbunden mit einzelnen Racheaktionen von unerfahrenen russischen Soldaten gegen Einzelpersonen, trugen auch nicht dazu bei, mißtrauische Polen für den Kommunismus zu gewinnen.

Der Vormarsch der Sowjetunion war im allgemeinen noch nicht einmal im städtischen Proletariat willkommen, das mehrheitlich immer noch unter sozialdemokratischer Führung stand. Die polnische Kommunistische Partei, die über ein Jahr zuvor in den Untergrund getrieben worden war, gab einen Aufruf zum Generalstreik heraus, der aber außer bei den militanten Bergarbeitern in der Industriegegend von Dabrowa im äußersten Südwesten keine Beachtung fand. In Warschau meldeten sich einige Arbeiter sogar freiwillig zu Pilsudskis Milizen. Nach der russischen Niederlage in der historischen Schlacht an der Wisla gab Lenin zu, daß die Offensive keinen Klassenkrieg in Polen provoziert hatte, sondern nationale Einheit.

Stalins Verrat 1920

Einer der weniger bekannten Aspekte des russisch-polnischen Krieges war die verräterische Rolle, die Stalin spielte. Stalin war der leitende Kommissar für die südlichen Armeen, die von A. Jegerow und S. M. Bu-

Fortgesetzt auf Seite 6



Revolutionärer Internationalismus: Leo Trotzki spricht zu Rotarmisten am Vorabend des Marsches auf Warschau 1920

Afghanistan: Rote Armee muß siegen!

Veranstaltungen der TLD in Hamburg und Westberlin zum internationalen Frauentag: „Afghanistan: Rote Armee muß siegen!“ Das Thema zog interessierte Teilnehmer aus islamisch regierten Ländern wie Iran und Pakistan an. Die Intervention der UdSSR in Afghanistan brachte gewaltige Fortschritte aus vorfeudaler Rückständigkeit, besonders für Frauen. Bei einem Rückzug der Roten Armee, zur Beschwichtigung der Imperialisten, werden gerade Frauen unter den ersten Opfern der fanatischen islamischen Mullahs sein.



Spartakist

„Export der Revolution“

Fortsetzung von Seite 5

djonny geführt wurden. Nach dem Angriffsplan sollten die westlichen Armeen unter Michail Tuchatschewski direkt auf Warschau marschieren, während die südlichen Armeen unter Stalin zuerst Kiew nehmen und dann nach Norden abschwanken sollten, um vor Warschau mit Tuchatschewski zusammenzutreffen. Einer der Gründe, warum die Niederlage der sowjetischen Armeen in der Schlacht an der Wisla eine solch katastrophale Größenordnung erreichte, war die bewußte Befehlsverweigerung Stalins, rechtzeitig die Verbindung mit Tuchatschewski herzustellen.

Als es so schien, daß Tuchatschewskis Einnahme von Warschau nur noch eine Frage von Tagen war, entschied sich Stalin, seine eigenen „Lorbeer“ zu verdienen, anstatt einfach die Nachhut von Tuchatschewskis triumphalem Einmarsch in Warschau darzustellen. Als für die südlichen Streitkräfte der Zeitpunkt kam, nach Norden abzuschwenken, überredete Stalin stattdessen Budjonny und Jegorow, weiter nach Westen zu marschieren und Lwow einzunehmen, eine polnische Stadt von zweitrangiger Bedeutung. Statt eines Zusammenschlusses der beiden Armeen ergab sich so eine riesige Lücke zwischen den beiden, und Tuchatschewskis Flanke blieb völlig ungedeckt.

In diese Lücke warf sich Pilsudski. Später beschrieb er, wie unverständlich ihm die Handlungen von Jegorow und Budjonny vorkamen:

„Ihre korrekte Marschrichtung war die, die sie näher an die russischen Hauptarmeen unter dem Kommando von Tuchatschewski herangebracht hätte, und dies hätte uns auch mit den größten Gefahren bedroht. Alles erschien mir schwarz und hoffnungslos, die einzigen Lichtblicke am Horizont waren, daß

Budjonny's Kavallerie meine Nachhut nicht angriff, und die Schwäche, die (Jegorow's) 12. Rote Armee zeigte.“ (zitiert nach Erich Wollenberg, *The Red Army*, 1938)

Als die Gefahr für Tuchatschewskis Flanke offensichtlich wurde, schickte das sowjetische Oberkommando wiederholt dringende Telegramme, verstärkt durch Drohungen, die Stalin instruierten, wie geplant vorzugehen. Stalin ignorierte diese Befehle einfach, und Budjonny und Jegorow verschwendeten wertvolle Tage und Menschenleben bei dem fruchtlosen Versuch, Lwow einzunehmen. Schließlich, nach weiteren Drohungen aus Moskau, schickte Stalin Budjonny's Kavallerie nach Norden, aber da war es schon zu spät. Pilsudski startete eine Gegenoffensive, die Tuchatschewski an der ungeschützten Flanke traf, und riß den polnischen Sieg aus den Klauen der drohenden Niederlage. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß das imperialistische Frankreich Pilsudski massive Waffenhilfe zukommen ließ, einschließlich Offizieren für seine Armee.

Es bleibt unklar, ob Tuchatschewski Warschau hätte einnehmen können, wenn Stalin seine Befehle befolgt hätte. Im nachhinein behauptete Tuchatschewski, er hätte es gekonnt, und beschuldigte Stalin des Verrats. Trotzki bezog die Position, daß Stalins Befehlsverweigerung zwar ein bedeutender, nicht aber der entscheidende Faktor für die Niederlage war. Aber es ist klar, daß die Größenordnung der Niederlage sicherlich geringer gewesen wäre, wenn Stalin sich nicht widersetzt hätte. Die Roten Armeen wären vielleicht nicht so weit zurückgeworfen worden, und die sowjetische Regierung wäre in der Lage gewesen, einen Frieden zu wesentlich günstigeren Bedingungen zu schließen. So half Stalin auf seine eigene Art, die Kräfte zu stärken – die Isolation der UdSSR und ihre feindliche Umzingelung –, die später die Reaktion des Thermidor mit Stalin als ihrem bonapartistischen Führer hervorbringen sollten.

„Revolution von außen“

Während Lenin die Notwendigkeit erkannte, nach der Niederlage an der Wisla einen Frieden mit Pilsudski zu schließen, spielten andere bolschewistische Führer, insbesondere Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die Größe der Niederlage herunter und redeten darüber, einen zweiten polnischen Krieg zu führen. Nicht überraschend war es, daß sich diese Stimmung, „die Offensive fortzusetzen“, im Oberkommando der Roten Armee sogar noch stärker ausdrückte. Tuchatschewski, der brillante General, der im Alter von 26 Jahren die sowjetischen Hauptarmeen im polnischen Krieg geführt hatte, schwor, seinen Siegeszug in den Straßen von Warschau abzuhalten. Er argumentierte, daß ein sowjetischer Sieg über Polen ohne eine proletarische Revolution in Polen selbst möglich sei.

Diese Idee sprach auch viele andere Befehlshaber der Roten Armee an. In seinem Buch *From Dvina to Vistula* erklärte E. N. Sergejew, der Kommandant einer der Armeen, die auf Warschau marschierten, rundheraus,

daß viele der Befehlshaber der Roten Armee nie wirklich glaubten, daß die sowjetische Invasion auf eine kommunistisch geführte Revolution der polnischen Arbeiterklasse stoßen würde:

„Die Leute, die in den politischen Kanzleien weitab von der Front saßen, waren die einzigen, die ernsthaft an die Möglichkeit einer polnischen Revolution geglaubt haben. Wir in der Armee hatten darin kein großes Vertrauen...“ (zitiert nach Erich Wollenberg, *The Red Army*)

Die „politischen Kanzleien“, von denen Sergejew in nicht allzu subtiler Weise redet, waren natürlich die Büros des bolschewistischen Politbüros und der Komintern.

Nach der Niederlage an der Wisla begann Tuchatschewski, ziemlich unverfroren die Idee zu fördern, im kapitalistischen Europa eine „Revolution von außen“ zu erzwingen. Er entwickelte seine Ansichten in Vorlesungen weiter, die er ab 1921 an der Militärakademie hielt; diese wurden später gekürzt als Buch veröffentlicht: *Der Vormarsch über die Weichsel*. Hier wurde Tuchatschewski so explizit über die „Revolution von außen“, daß Pilsudski es als Anhang zu seinem eigenen Werk, *Das Jahr 1920*, veröffentlichte. Die Positionen von Tuchatschewski und den bolschewistischen Führern gingen darin auseinander, daß er das Verhältnis zwischen innerer Revolution und militärischer Hilfe von außen umkehrte. Die Bolschewiki hatten die Rote Armee immer als ein Hilfsmittel für die revolutionären Bewegungen in anderen Ländern angesehen. In seinen Vorlesungen bezog sich Tuchatschewski auf die Rote Armee selbst als eine „sozialistische Bewegung“. Und die Schlüsselaufgabe der polnischen (oder irgend einer anderen) Revolution – die Zerstörung der bürgerlichen Streitkräfte – wurde der Roten Armee zugewiesen:

„Es unterliegt keinem Zweifel: wenn wir der polnischen Bourgeoisie ihre bürgerlich-adlige Armee hätten entreißen können, so wäre die Revolution der Arbeiterklasse in Polen zur Tatsache geworden. Und dieser Brand hätte sich nicht an den Grenzen Polens aufhalten lassen. Gleich einem wilden Gebirgsbach hätte er ganz Westeuropa ergriffen. Die Rote Armee wird diese Erfahrung über die nach draußen getragene Revolution nicht vergessen. Wenn Europas Bürgertum uns jemals zu einem neuen Kampf herausfordern wird, so wird es der Roten Armee gelingen, es zu vernichten und die Revolution in Europa zu unterstützen und auszubreiten.“ (nachgedruckt als „Der Vormarsch über die Weichsel“ in J. Pilsudski, *Das Jahr 1920*, 1935)

Hierin stand Tuchatschewski Napoleon näher als Lenin und Trotzki. Er zog eine explizite Analogie zu den revolutionären Kriegen des napoleonischen Frankreich. Gebt ihm nur die Gelegenheit, und die russische Rote Armee würde die proletarische Revolution unter dem Gesang der Internationale in den Westen tragen, genauso wie die Armeen Napoleons zu den Klängen der Marseillaise die bürgerliche Revolution quer durch Europa ostwärts trugen.

Als oberster Befehlshaber der Roten Armee polemisierte insbesondere Trotzki gegen die Doktrin Tuchatschewskis. Hier handelte Trotzki als Sprecher der bolschewistischen Führung. Seine umfassendste Antwort gab er in einem Artikel vom Dezember 1921 mit dem Titel „Military Doctrine or Pseudo-Military Doctrinairism“ („Militärdoktrin oder pseudomilitärischer Doctrinairismus“):

„Natürlich versuchen wir nicht für eine Minute, vor den Werktätigen, die Rote Armee eingeschlossen, zu verbergen, daß wir im Prinzip immer für einen offensiven revolutionären Krieg sind, wenn es Bedingungen gibt, unter denen ein solcher Krieg der Befreiung der Werktätigen in anderen Ländern helfen kann. Aber zu glauben, daß man auf der Basis dieser Grundsatzklärung eine gültige Ideologie für die Rote Armee unter den bestehenden Bedingungen schaffen oder ‚kultivieren‘ kann, bedeutet, weder die Rote Armee noch diese Bedingungen zu verstehen... In dem gewaltigen Klassenkampf, der heute im Ansteigen begriffen ist, kann die bewaffnete Intervention von außen nur eine begleitende, unterstützende Hilfsfunktion darstellen. Die bewaffnete Intervention kann die Entscheidung beschleunigen

und den Sieg vereinfachen. Aber dafür ist es notwendig, daß die Revolution nicht nur in bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse reif ist – das ist bereits der Fall –, sondern auch, was das politische Bewußtsein angeht. Eine bewaffnete Intervention ist wie eine Geburtshelferzange: bei rechtzeitigem Gebrauch kann sie die Geburtsschmerzen lindern; zu früh eingesetzt wird sie nur eine Fehlgeburt hervorrufen.“ (*How the Revolution Was Armed*, 1923)

Weiter argumentierte Trotzki, daß bei der gegebenen Rückständigkeit Rußlands, verglichen mit dem bürgerlichen Europa, Tuchatschewskis Doktrin des ständigen „zur Attacke!“ eine „Strategie des Abenteuerertums“ war.

Ein revolutionärer Krieg 1923?

Tuchatschewski kehrte 1923 zum Thema der „Revolution von außen“ zurück. Es wurde auf die Tagesordnung gesetzt, als die französische Ruhrbesetzung Deutschland in eine weitere revolutionäre Krise stürzte. Die Frage der Fragen unter den herrschenden Kreisen Europas war, ob Sowjetrußland wieder in Polen einmarschieren würde, entweder als Antwort auf einen polnischen Angriff auf das revolutionäre Deutschland oder um einem solchen Angriff zuvorzukommen. In der Tat machte die sowjetische Regierung klar, daß jeder Angriff Polens auf Deutschland als ein Angriff auf lebenswichtige sowjetische Interessen angesehen würde. Ein Leitartikel in der *Iswestija* vom 29. September 1923 erklärte, „wir haben uns nie von der Idee losgesagt, mit allen Mitteln die Entwicklung der internationalen Revolution voranzutreiben“ (unsere Hervorhebung, zitiert nach L. Kochan, *Russia and the Weimar Republic*, 1954).



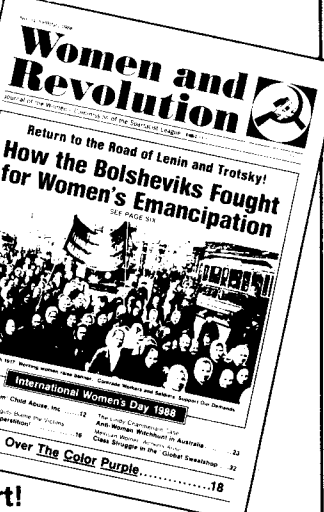
Ullstein

Marschall Michail Tuchatschewski befehligte die russischen Hauptarmeen im Krieg mit Polen 1920. Später befürwortete er die Theorie der „Revolution von außen“

Jedoch war es das Hauptziel der damaligen sowjetischen Politik, falls überhaupt möglich, einen Krieg mit Polen zu vermeiden. Es gab zwei gute Gründe dafür. Erstens war es fraglich, ob die russischen Bauern, die die Atempause durch die marktorientierte Neue Ökonomische Politik genossen, einfach durch politische Appelle für einen weiteren größeren Krieg mobilisiert werden konnten. Zweitens würde ein weiterer russisch-polnischer Krieg, egal welche Seite ihn begann, fast sicher zumindest eine französische Intervention provozieren, und die Bolschewiki wollten nicht, daß die bevorstehende deutsche Revolution in den Abgrund des Krieges stürzte.

Gegenüber den Befehlshabern der Roten Armee wie Tuchatschewski, die mit Pilsudski noch eine Rechnung zu begleichen hatten, argumentierte Trotzki, daß die wirkungsvoll-

Einzelpreis
DM 1,50



Abonniert!

Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

4 Nummern: DM 8,- (Luftpost)

Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

ste Waffe, über die Rußland derzeit verfüge, nicht Soldaten seien, sondern Getreide. Deutschland hungerte nach dem Brot, das die Sowjetunion liefern konnte. Umgekehrt verlangten die russischen Bauern nach Industriegütern, die ein proletarisches Deutschland liefern konnte. In einer Rede vor Militärkommandanten der Roten Armee im Oktober 1923 betonte Trotzki:

„Wir müssen sicherstellen, daß die Verbindung zwischen unseren grundlegenden Interessen und denen der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland für jeden Soldaten der Roten Armee klar, verständlich und faßbar wird.“ (*How the Revolution Was Armed*)

Wenn Polen es der Sowjetunion erlaubte, Getreide durch sein Territorium nach Deutschland zu transportieren und Industriewaren in der umgekehrten Richtung, wären die Anfänge einer russisch-deutschen Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen. Polen wäre schnell wie in einen Schraubstock eingezwängt; das polnische Proletariat würde wahrscheinlich in der Lage sein, ohne fremde militärische Hilfe an die Macht zu kommen. Und wenn Pilsudski sich weigerte, solch ein Handelsabkommen zu schließen, oder es beendete, sobald die Folgen sichtbar würden, hätten die russischen Bauern deutlicher die lebenswichtigen ökonomischen Interessen vor Augen, die sie in einem neuen Krieg gegen Polen hätten. Diese strategischen Überlegungen stellten sich allerdings als hypothetisch heraus, da die deutsche Revolution verloren wurde, als die Kommunistische Partei den entscheidenden Zeitpunkt des Zuschlagens vorbeistreichen ließ.

Um es zusammenzufassen: Das Zusammenspiel von eigenständiger proletarischer Revolution und militärischer Intervention durch einen Arbeiterstaat ist eine sehr komplizierte Frage, die einen potentiellen Konflikt zwischen den strategischen Interessen der sozialistischen Weltrevolution und dem demokratischen Recht der nationalen Selbstbestimmung in sich trägt. Es gibt keine einfache Formel, die jede mögliche historische Situation abdeckt. Die Bolschewiki lehnten sowohl den revolutionären Militärbonapartismus à la Tuchatschewski ab als auch die sozialdemokratische Huldigung der nationalen Souveränität. Letztere nationalistisch-opportunistische Politik wurde von Stalin in den dreißiger Jahren angenommen, in der Form von „friedlicher Koexistenz“ und von Zusicherungen der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder“.

Trotzki brachte die bolschewistische Position wahrscheinlich am besten 1921 auf den Punkt, als die sowjetische Eroberung des menschenwütischen Georgiens die internationale Sozialdemokratie veranlaßte, ein Geheul über „roten Imperialismus“ anzustimmen:

„Ein Arbeiterstaat, der das Recht auf Selbstbestimmung respektiert, erkennt damit an, daß revolutionärer Zwang kein allmächtiger historischer Faktor ist. Sowjetrußland beabsichtigt überhaupt nicht, seine militärische Macht an die Stelle von revolutionären Anstrengungen des Proletariats anderer Länder zu setzen. Die Eroberung der proletarischen Macht muß das Ergebnis der proletarischen politischen Erfahrung sein. Dies bedeutet nicht, daß die revolutionären Anstrengungen der Arbeiter Georgiens oder irgend eines anderen Landes keine militärische Unterstützung von außen erhalten dürfen. Es ist nur wesentlich, daß diese Unterstützung zu einem Zeitpunkt kommt, wenn die Notwendigkeit dafür durch die politische Entwicklung der Arbeiter geschaffen und von der klassenbewußten revolutionären Avantgarde erkannt wurde, die die Sympathie der Mehrheit der Arbeiter gewonnen hat. Dies sind Fragen der revolutionären Strategie und nicht ein formales demokratisches Ritual.“ (*Social Democracy and the Wars of Intervention in Russia 1918-1921*)

Aber im Unterschied zu jeder Variante des prussischen oder prochinesischen Stalinismus erkennen wir, daß die Rote Armee Lenins und Trotzki von der Roten Armee Breschnevs durch eine bürokratische Konterrevolution unter Stalin getrennt ist. Nur eine proletarische politische Revolution in der UdSSR kann wirklich die Rote Armee und den sowjetischen Staat wieder zu ihren internationalistischen und revolutionären Aufgaben zurückbringen. ■

Freiheit für Ulla Penselin und Ingrid Strobl!

Seit über drei Monaten (!) sind Ulla Penselin und Ingrid Strobl unter dem berüchtigten „Anti-Terrorismus“-Paragrafen 129a in Haft – ohne konkrete Beweise oder Anklagepunkte. Ihre Verhaftungen sind ein reiner Willkürakt: Ingrid Strobl kaufte einen Wecker, der *theoretisch* zum Bau von Brandsätzen verwendet werden könnte; Ulla Penselin nahm an einem Treffen in einer vom Verfassungsschutz überwachten Wohnung teil. Die TLD protestierte in einem Telegramm an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe gegen die Verhaftungen.

Ulla Penselin befindet sich noch immer in Einzelhaft unter verschärften Haftbedingungen. Sie sitzt im Hamburger

Holstenglacis, dem gleichen Gefängnis, wo die Nazis 1943 die französischen kommunistischen Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Mazon guillotinierten.

Im Zuge der Verhaftungen waren Beamte des Bundeskriminalamts unter Berufung auf den § 129a auch in taz-Büros in Bochum eingebrochen und hatten das Essener Genarchiv, einen Buchladen und eine Druckerei in Hamburg sowie mehrere Wohnungen durchsucht. Der § 129a dient zur Kriminalisierung der gesamten Linken und Arbeiterbewegung. *Nieder mit dem § 129a! Sofortige und bedingungslose Freilassung von Ulla und Ingrid!*

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 12

junger Student und Reservist im sowjetischen Tadschikistan: „Die meisten von ihnen gingen gern hin, um zu helfen – es ist ein sehr rückständiges Land, und schließlich sind wir Nachbarn“ (*New York Times*, 11. April 1980). Eine der wenigen sowjetischen Städte, die ein Denkmal für einen Märtyrer des afghanischen Kriegs errichtet, ist Duschanbe in Tadschikistan.

Um die Turkvölker im sowjetischen Zentralasien ins 20. Jahrhundert zu holen – Frauen vom Schleier zu befreien, Mädchen ebenso wie Jungen Lesen und Schreiben beibringen, moderne Medizin einzuführen –, mußte die Rote Armee in den zwanziger Jahren einen erbitterten Krieg gegen die islamischen Fundamentalisten führen, die Basmatshi, vergleichbar mit den afghanischen Mudschahedin. Heute weist das Gorbatschow-Regime nicht nur die soziale Revolution in Afghanistan zurück, sie geben tatsächlich der linksnationalistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) die *Schuld am Bürgerkrieg*, weil sie versuchte, ihr Land zu modernisieren!

Aber es war die Tatsache, daß die DVPA ein revolutionäres *soziales* Programm aufgab, die ihr Regime schwächte. Und bei jedem einzelnen Schritt – dem Zurückstecken der Landreform, der Abschwächung der Kampagne für die Rechte der Frauen, dem Wiedereinsetzen des Islam als Staatsreligion – wurde die Politik der DVPA vom Kreml diktiert, der in Kabul die Zügel der Macht in der Hand hält. Noch wichtiger ist, daß eine soziale Revolution in diesem zutiefst rückständigen Land nur von außen eingeführt werden konnte, durch das Eingreifen der Roten Armee. Darum ist, egal welche Politik die DVPA verfolgt, ein sowjetischer Rückzug notwendigerweise ein Verrat an der Sache des sozialen Fortschritts für die afghanischen Völker.

In Britannien forderte eine Gruppe in der KP und ihrem Umfeld, die mit dem sogenannten „Leninist“-Flügel der Türkischen Kommunistischen Partei im Exil verbunden ist, kürzlich in einer Schlagzeile „Afghanistan: Kein Ausverkauf!“ (*Leninist*, 10. Februar). In der letzten Zeit hat *Leninist* nicht nur Gorbatschows Abkommen mit Reagan über die Mittelstreckenraketen abgelehnt, sondern auch zu einer politischen Revolution gegen die sowjetische Bürokratie aufgerufen, und sie legen sogar die entscheidende Konsolidierung der Macht der Bürokratie mit Stalins Verkündung des „Sozialismus in einem Land“ 1924 fest. Jedoch sehen sie weiterhin den afghanischen Krieg durch die Brille des stalinistischen Nationalismus, wenn auch einer Dritten-Welt-Variante davon; sie erklären einen Putsch reformbestrebter kleinbürgerlicher Nationalisten in einem Land, in dem es praktisch kein Proletariat gibt, zu einer „proletarischen Revolution“. Tatsächlich ist Afghanistan noch nicht einmal eine Nation, sondern ein Staat feudalen Ursprungs, der eine Vielzahl von Nationalitäten, ethnischen und Stammesgruppierungen umfaßt.

Eine frühere Ausgabe des *Leninist* (12. Januar) denunzierte eine Erklärung der *Iswestija*, die Rote Armee sei nach Afghanistan gegangen, um ein feindliches Regime wegzufügen, als „Großmachtchauvinismus“. Aber vom Standpunkt des revolutionären Interna-

tionalismus hat die Rote Armee nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihre Grenzen gegen CIA-unterstützte reaktionäre Aufständische zu verteidigen und damit die Bedingungen zu schaffen, die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf Afghanistan auszuweiten.

Gorbatschow versprach: „Hinter der politischen Lösung in Afghanistan steht schon die Frage: welcher Konflikt wird als nächster beigelegt?“ Also gibt es jetzt wachsenden Druck auf die Vietnamesen, sich aus Kamputschua zurückzuziehen, um zu versuchen, eine Annäherung an die mit den USA verbündeten Stalinisten in Peking zu erreichen. Und die *Literaturnaja Gaseta* vom 17. Februar behauptet, „internationale Zusammenarbeit“ für „nationale Versöhnung“ mit den CIA-Mudschahedin in Afghanistan sei ein Modell dafür, „regionale Konflikte auszuschalten“, zum Beispiel für die „revolutionäre Regierung Nicaraguas“ in ihrem Umgang mit den Contras der CIA!

Dieser Vorschlag gefällt sicher der „Linken“ in Westdeutschland, die ja – wie ihre eigene Bourgeoisie – eine vertraglich festgelegte Konterrevolution in Nicaragua unter der Federführung der SPD anstrebt (und sicher über das von Wischniewski gedeichselte Waffenstillstandsabkommen begeistert ist). Auch für Afghanistan halten sie das für eine gute Idee, beschränken sich aber zur Zeit meist auf „Tatsachenberichte“ (auch die Presse der DKP greift nicht gerne das heiße Eisen einer Stellungnahme zu Afghanistan an), da inzwischen sogar einige der „gemäßigten“ Mullahführer ein Blutbad prophezeien, wenn die Rote Armee abzieht. 1984 wurde im Bundestag ein Aufruf, die sowjetischen Truppen abzuziehen, von allen Fraktionen unterschrieben – Beispiel eines trauten antisowjetischen Konsensus von Dregger bis Jürgen Reents von den Grünen.

In seinem Versuch, die sowjetische Bevölkerung auf den Abzug aus Afghanistan vorzubereiten, hat Gorbatschow den afghanischen Krieg eine „blutende Wunde“ genannt, ein Echo der imperialistischen Propaganda, die von „Rußlands Vietnam“ spricht. Jahrelang hoffen die Amerikaner schon darauf, daß die Sowjetunion sich in Afghanistan in einem Krieg festfahren würde, der nicht zu gewinnen ist, wie der Krieg der USA in Indochina. So der demokratische Kongreßabgeordnete Charles Wilson: „In Vietnam ver-

loren wir 58 000 Mann, während die Sowjets in Afghanistan nur etwa 25 000 verloren haben. Also schulden die uns noch 33 000“ (*Die Zeit*, 11. März). Der Vergleich ist falsch: Amerika wurde von den vietnamesischen Arbeitern und Bauern auf dem Schlachtfeld durch eine *soziale Revolution* besiegt, die sowjetische Bürokratie dagegen versuchte nie wirklich, in Afghanistan zu siegen, denn sie weigerte sich, eine soziale Revolution durchzuführen.

Der Unterschied zwischen Amerikas verlorenem Kolonialkrieg in Vietnam und der progressiven Intervention der Sowjetunion in Afghanistan drückt sich gut in den Reaktionen der jeweiligen Veteranen der beiden Länder aus. Eine große Anzahl von Vietnamveteranen kam aus diesem schmutzigen, rassistischen Krieg seelisch verkrüppelt zurück, viele waren wütend und wirklich durch ihre Erfahrung radikalisiert und wurden Gegner des US-Imperialismus. Dagegen sind sowjetische Veteranen, die mit ihren eigenen Augen sahen, was ein Sieg der Mullahs bedeuten würde, an vorderster Front der Gegner eines Rückzugs der Roten Armee.

Afghanische Kriegslieder, die einst verboten waren, werden nun auf Schallplatten herausgebracht. Der Sekretär eines Klubs von Veteranen des Afghanistan-Kriegs sagte dem *Spiegel* (7. März): „Die Opfer waren nicht umsonst, wir haben schließlich die Errungenschaften der zivilisierten Welt dorthin gebracht.“ Einer seiner Genossen drückte das gleiche Gefühl aus: „Die Menschen dort konnten wenigstens eine Zeitlang ruhig leben, hatten Brot, konnten ihre Kinder aufziehen. Was dort morgen sein wird, weiß allein Allah.“ Kim Selichow, ein sowjetischer Journalist, der über den Afghanistan-Krieg berichtete, schreibt:

„Ich kenne viele internationalistische Kämpfer, die, nachdem ihre Zeit in Afghanistan um war, darum baten, als Freiwillige wieder in die vorderste Linie gehen zu können. Die hier dienen, sind hauptsächlich Kinder von Arbeitern und Bauern.“ (*Literaturnaja Gaseta*, 14. Oktober 1987) „Die Zeit ist gekommen“, so fordert Selichow, „den sowjetischen Internationalisten, die zu verschiedenen Zeiten unserer Geschichte tapfer in fremden Ländern gestorben sind, in Moskau ein Monument zu errichten.“

Diese Ansicht teilt sicher auch Kommandantin Rossija, eine der 15 000 Frauen, die heute in der afghanischen Armee als Soldaten und Offiziere gegen die Mullahs kämpfen:

„Ich habe das Kommando über 5000 tadschikische Stammesangehörige, 1000 von ihnen sind bewaffnet. Meistens trage ich meine Kalaschnikow bei mir, aber ich weiß auch, wie man eine Pistole, ein Gewehr, Handgranaten und alle anderen Waffen benutzt... Ich mag die Russen. Sie helfen uns.“ (*Toronto Star*, 29. November 1987)

Sowjetische Veteranen in Afghanistan sehen sich zu Recht als Kämpfer für revolutionären Internationalismus. Aber die Bürokraten im Kreml mißbrauchen und betrügen diese Ideale. Um dem sowjetischen Internationalismus in Moskau wirklich ein Monument zu bauen, ist es notwendig, die stalinistischen Usurpatoren hinauszuerwerfen und zum Weg Lenins und Trotzki zurückzukehren. ■

из «Переходной программы»
Положение СССР
и задачи переходной эпохи

SPARTACIST
NUMBER 41/42 ENGLISH EDITION WINTER 1987/88 ONE DOLLAR/75 PENCE

70th Anniversary of Russian Revolution
**Return to the Road
of Lenin and Trotsky!**
PAGE 4

Where is Gorbachev's Russia Going?
PAGE 20

The Poland of Luxemburg vs. the Poland of Pilsudski
Memoirs of a Revolutionary Jewish Worker
A Review PAGE 12

SPARTACIST
Organ des revolutionären
Marxismus

Englische Ausgabe Nr. 41/42
(64 Seiten) DM 2,-
Enthält Auszüge aus dem
Übergangsprogramm in Russisch
(64 Seiten) DM 2,-

Workers Vanguard
Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.
DM 45,- for 24 issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 119 88-601

Arabisch-israelischer Krieg im KB!

Auf den Mächtigen-Revolutionären im Vierten Reich lastet die „Tradition aller toten Geschlechter... wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden“, wie Marx in „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ schrieb. Oder so erscheint es jedenfalls den deutschen Linken, deren Reaktion auf die Ereignisse im Nahen Osten nicht gerade auf proletarischem Internationalismus basiert. Im Schatten des wieder aufsteigenden deutschen Nationalismus kann die Pseudolinke immer weniger die elementare Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus machen.

Während die Marxistische Gruppe sich an der Sprache des Dritten Reichs ergötzt und von „Judenterror“ im besetzten Palästina schreibt, hat der Kommunistische Bund, zumindest ein Teil davon, einfach das Handtuch geworfen und eine *prozionistische* Position angenommen, mit der Begründung, damit Antisemitismus zu vermeiden! Als die KB-Gruppe Hamburg sich weigerte, die Demonstration für „Solidarität mit Palästina“ am 16. Januar zu unterstützen, schockierte das die ganze Linke. Die Erklärung der KB-Gruppe Hamburg und die Stellungnahme der Autonomen Nahost-Gruppe Hamburg im *Arbeiterkampf* Nr. 291 (8. Februar) stellen den „Philosemitismus“ des KB und die Unterstützer des arabischen Nationalismus mit ihrem Drittweltlertum gegeneinander. Die Debatte, fortgesetzt im *Arbeiterkampf* Nr. 292 (7. März), könnte eine gesunde Dosis wirklichen Leninismus gut gebrauchen.

Die Position des KB Hamburg ist eindeutig:

„Im Aufruf zur Demonstration wird bewußt vermieden, den Staat Israel zu erwähnen, der – unabhängig von unserer Kritik an der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen und repressiven Politik – das Selbstbestimmungsrecht von 3,3 Millionen jüdischen Israelis verkörpert... Die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volks von Israel ist spiegelbildlich das Gegenstück zur Negierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts durch die Zionisten. Aus unserer Sicht ist das eine so schlecht wie das andere.“

Die Kritiker des KB antworten zu Recht, daß der zionistische Staat „nicht reformierbar“ ist und daß er die nationale Unterdrückung der Palästinenser „verkörpert“. Aber die Autonome Nahost-Gruppe geht weiter, sie leugnet die nationalen Rechte der hebräischsprachigen Bevölkerung Israels und hält die traditionelle Lösung des palästinensischen Nationalismus hoch: „ein demokratischer, überkonfessioneller Staat auf dem Boden Palästinas“. Sie zitieren aus der Palästinensischen Nationalcharta: „Das Judentum als Religion ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz.“ Und sie erklären: „Mit anderen Worten: Im befreiten Palästina soll den Juden kein nationales Recht zugestanden werden.“ Alle Kritiker des KB behaupten, daß das Recht auf nationale Selbstbestimmung nur für unterdrückte Nationen

gelte, nicht jedoch für Unterdrückernationen.

Lenin stellte sich natürlich entschieden gegen die bürgerliche Ideologie des Zionismus und gegen die jüdische Besiedlung Palästinas. Wie die Autonome Nahost-Gruppe erwähnt (wobei sie sich auf das grundlegende Werk des belgischen jüdischen Trotzisten Abraham Leon bezieht, *Judenfrage und Kapitalismus*), betrachteten Marxisten das gestreute europäische Judentum vor dem Zweiten Weltkrieg entweder als assimiliert (wie in Westeuropa) oder als eine unterdrückte Kaste (wie in Rußland und Osteuropa). Als Ergebnis der Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler und auf Kosten der palästinensischen Araber wurde eine Kolonie von Siedlern in eine Nation umgewandelt. Diese hebräische Nation entstand durch Macht und Gewalt, durch Unterdrückung, Zwangsvertreibung und Völkermord an anderen Völkern. Kommunisten müssen gegen diese brutale nationale Unterdrückung Widerstand leisten. Doch ist einmal diese historische Tatsache geschaffen worden, müssen wir das Selbstbestimmungsrecht dieser Nation anerkennen – nicht aber das „Recht“ dieser Nation, eine andere zu unterdrücken –, wenn wir nicht die Alternative vorziehen, nämlich nationalen Völkermord. Erkennen wir der heutigen Türkei das Selbstbestimmungsrecht ab, weil sie auf den Leichen von einer Million Armeniern und Griechen geschmiedet wurde?

Bei den entgegengesetzten nationalen Ansprüchen auf dasselbe Gebiet, die von den palästinensischen Arabern und dem hebräischsprachigen Volk erhoben werden, kann eines der beiden Völker das Recht auf Selbstbestimmung nur dadurch ausüben, daß es das gleiche demokratische Recht dem anderen Volk verweigert. Wenn nationale Völkerschaften auf einem Gebiet miteinander vermischt sind, kann ein unabhängiger Nationalstaat nur dadurch geschaffen werden, daß die stärkere nationale Gruppierung die schwächere vertreibt oder zerstört. *Einzig die proletarische Diktatur bietet die Möglichkeit einer demokratischen Lösung für das Problem der vermischten Völker.*

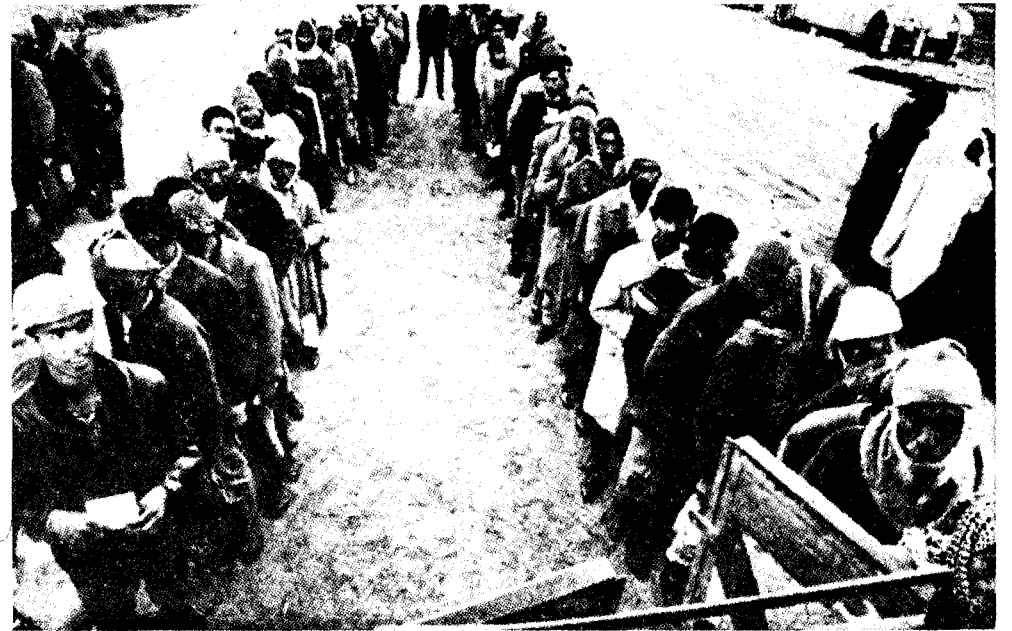
Beide Seiten der Debatte im *Arbeiterkampf* geben von genau entgegengesetzten Standpunkten die zionistische Linie wieder, die hebräische Nation (eine Nation, die von der jüdischen Diaspora *verschieden* ist) mit Israel *gleichzusetzen*. Wir Trotzisten lehnten den Teilungsplan der UN von 1947 ab und stellten uns gegen die Gründung des Staates Israel. Wir kämpften, und kämpfen, für eine andere Zukunft der hebräischen Nation, nämlich innerhalb einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, in der die hebräische Nation – unter Anwendung des Prinzips der Gleichheit der Nationen – sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen und die zionistischen Annektionen rückgängig machen muß. Aber die hebräische Nation könnte auf demokratische Weise in eine solche Föderation nur freiwillig eintreten.

Für den Hamburger KB jedoch „verkörpert“ die rassistische zionistische Theokratie die hebräischen nationalen Rechte. Was wird dann aus ihrem Ruf nach palästinensischer nationaler Selbstbestimmung? Bestenfalls wird daraus die Forderung nach einem palästinensischen „Kleinstaat“, einem Bantustan, der Gnade der Zionisten und der bluttriefenden haschemitischen Monarchie von Jordanien ausgeliefert.

Während die Autonome Nahost-Gruppe im wesentlichen dafür eintritt, das Unterdrückungsverhältnis durch einen palästinensischen „Volkskrieg“ umzukehren, argumentiert der KB, daß die Palästinenser nicht die militärische Möglichkeit haben, den zionistischen Staat zu besiegen. Der KB lehnt auch das Vertrauen auf die arabischen Regime ab (obwohl das, was der KB diplomatisch „negative Ergebnisse“ eines solchen Vertrauens nennt, in Wirklichkeit das Massaker an Tausenden Palästinensern durch Sy-

mit welcher Strategie? Eine Etappentheorie; und wie immer bei solchen Theorien ist die erste Etappe – den Status quo zu akzeptieren – auch die einzige.

Es ist wahr, daß es keine Zukunft für das hebräischsprachige Volk im Nahen Osten gibt, solange nicht die israelische Arbeiterklasse vom Zionismus gebrochen wird – insbesondere ihr zutiefst chauvinistischer, obwohl (gegenüber den Aschenasim europäischer Herkunft) unterprivilegierter sephardischer Anteil. Aber dazu ist eine internationalistische, klassenbewußte Avantgarde der hebräischen Arbeiter nötig, die für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintritt – ein Recht, das Haifa und Tel Aviv genauso einschließt wie Ramallah und Nablus –, als Teil des Kampfes für eine arabisch-hebräische Arbeiterpartei. Und dies bedeutet, die soziale Macht der palästinensischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, die immer mehr eine Schlüsselrolle für die



Bar-Am/NY Times

Der Gaza-Streifen, Israels Bantustan: Die zionistische Wirtschaft ist immer stärker von den supraausgebeuteten arabischen Arbeitern abhängig

riens Assad und die haschemitische Monarchie war).

Der KB unterstützt den „politischen Kampf“, der für ihn „in erster Linie Kampf um Bündnispartner“ ist. Jedoch ist es klar, daß die von ihm auserkorenen Partner die zionistischen „Tauben“ sind, die glauben, daß die zionistische Rechte die Grenzen des israelischen Staats in gefährlicher Weise überdehnt hat, die aber ganz genauso einem rassistisch abgeschlossenen „jüdischen Staat“ verpflichtet sind. Die Position des KB kann nur Illusionen in die Reformierbarkeit oder Selbstauflösung des zionistischen Staats darstellen, und daher ist sein Aufruf „zur Schaffung eines Bündnisses zwischen palästinensischen und jüdischen Werktätigen“ nichts weiter als sozialdemokratische Augenwischerei. Wir sind für „einen bi-nationalen Staat in ganz Palästina“, sagt der KB – aber

israelische Wirtschaft spielt, und zwar auf der Basis der Klassenzugehörigkeit, nicht als Hilfstruppen für die bürgerlichen und kleinbürgerlichen palästinensischen Nationalisten. *Sowohl das hebräischsprachige Volk als auch die enteigneten und entrechteten palästinensischen Araber können ihr Selbstbestimmungsrecht nur durch einen binationalen Arbeiterstaat in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens ausüben.*

Die Kritiker des KB tun einfach die Möglichkeit ab, daß das hebräische Proletariat jemals die zionistische Festung von innen her zerstören könnte. Aber ihre Alternative, nämlich der Aufruf an die „arabischen Massen“, in den arabischen Hauptstädten „Protestaktionen“ durchzuführen, zeigt, wie tief ihre Illusionen in die arabischen Regime sitzen. Während des zionistischen Einmarsches in den Libanon 1982 gab es die einzigen Massenproteste gegen Begin's Blitzkrieg in Tel Aviv und Jerusalem; die mindestens genauso antipalästinensischen Obersten und Scheiche ließen keine derartigen Demonstrationen zu.

Der Kampf für die demokratischen Rechte aller Völker im Nahen Osten und für das Überleben und die nationale Emanzipation der Palästinenser muß notwendigerweise das brüchige haschemitische Königreich, das die überwiegend palästinensische Bevölkerung Jordaniens unterdrückt, sowie die blutigen baathistischen Bonapartisten Syriens hinwegfegen, muß die morschen mittelalterlichen Strukturen im Libanon zum Einsturz bringen und den zionistischen Staat zerschlagen.

Was bringt den KB dazu, vor der Verteidigung des Kampfes der Palästinenser wegzulaufen? Der Einwand des KB gegen die Forderung der Demonstration nach einem Boykott israelischer Waren stellt diese Forderung in eine Reihe mit den Boykotts von jüdischen Läden, die die Nazis organisierten. Obwohl wir den Anhängern des arabischen Nationalismus keine Blankoschecks ausstellen, scheint ihr Aufruf, nicht in zionistischen Kibbuzim zu arbeiten und nicht in Israel Urlaub

Freiheit für Vanunu!

Nach über 16 Monaten im berüchtigten Polizeikerker von Shin Beth in Ashkelon, Israel, wurde Mordechai Vanunu zu 18 Jahren Haft verurteilt. Dies kommt einer Todesstrafe gleich. Vanunu war der Spionage angeklagt: Ihm wurde vorgeworfen, Geheimnisse verbreitet und dem „Feind geholfen“ zu haben (also dem Rest der Welt). Er enthüllte, daß Israel ein Arsenal von 100–200 Atombomben besitzt. Schon ein Dutzend von ihnen könnte alle arabischen Hauptstädte in Trümmer legen. Die Verrückten im zionistischen Bunker müssen also ein größeres Ziel im Visier haben – den sowjetischen Arbeiterstaat. Öffentlichkeit und internationale Presse wurden von dem Schauprozeß ausgeschlossen.

Vanunu hat der Menschheit mit seiner mutigen Offenlegung von Israels Vernichtungsmaschine einen großen Dienst erwiesen. Die internationale Spartacist Tendenz und das Partisan Defense Committee haben sich darum bemüht, die internationale Protestkampagne gegen Vanunus Verfolgung zu vertiefen und auszubauen.



le Bolchevik

Rouen, 9. Dezember 1987: Ligue trotskyste de France fordert sofortige und bedingungslose Freilassung von Vanunu. Die Arbeiterklasse und alle Gegner von zionistischem Terror und imperialistischem Krieg müssen für seine Freiheit eintreten

zu machen, doch eher ein Appell an die jüdische „Diaspora“ zu sein. Der KB spricht nicht an, was an einem solchen Aufruf grundsätzlich falsch ist: es ist entweder ohnmächtiger liberaler Moralismus oder ein Ruf nach imperialistischem Druck auf die zionistischen Herrscher.

Der KB hat sich daran gewöhnt, den sehr realen Antisemitismus von Gruppierungen wie der bizarren Marxistischen Gruppe (MG) als Deckmantel für seine Kapitulation vor dem Zionismus zu benutzen. Ein Flugblatt des Hamburger KB vom letzten Mai („Wie antisemitisch ist die Marxistische Gruppe?“) griff zu Recht die ekelhafte Gleichstellung der hebräischen Werktätigen mit den zionistischen Schlächtern an, die von der MG zum Beispiel als „Oberjude“ bezeichnet wurden. Die MG ist berüchtigt für ihre Verachtung der Opfer rassistischer und nationaler Unterdrückung, so erklärte sie, Antisemitismus in Westdeutschland sei „ein nationales Rührstück“ (MSZ Nr. 5, 1986)!

Der KB bezog sich jedoch lediglich auf die „Projektion der Verbrechen des deutschen Faschismus auf Israel“ durch die MG (*Arbeiterkampf* Nr. 282). Aber nicht nur der KB selbst hatte von einem „Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ geschrieben (*Arbeiterkampf* Nr. 222, 14. Juni 1982), auch viele Israelis hatten während des zionistischen Einmarsches in den Libanon angefangen, von Begins „Judeo-Faschismus“ zu sprechen. Der zionistische Staat kann nur mit den Methoden eines Hitler aus dem lebendigen Leib des palästinensischen Volkes herausgeschnitten werden.

Welche Referenzen hat der KB, die ihn als Kämpfer gegen den Antisemitismus ausweisen? Auch er blieb weg von den Protesten jüdischer Überlebender der Vernichtungslager gegen Reagans und Kohls ekelhafte Rehabilitierung der SS in Bitburg. Die deutsch-nationalistischen und antisowjetischen Scheuklappen dieser sogenannten Verteidiger des jüdischen Volkes nehmen ein so groteskes Ausmaß an, daß in der letzten Polemik des KB (beim Versuch zu beweisen, daß Polen sowohl eine unterdrückte als auch eine Unterdrückernation gewesen ist) die sowjetische Besetzung des östlichen Polen 1939 mit dem Zarismus gleichgesetzt wird als ein Beispiel für die nationale Unterdrückung Polens. *Nicht ein Wort über die Invasion der Nazis, über die Schrecken der Besatzungszeit oder über die Auslöschung fast des gesamten polnischen Judentums!* Trotz des Verrats durch den Hitler-Stalin-Pakt gab die Besetzung durch die Rote Armee die Möglichkeit, den Kapitalismus zu enteignen. Hunderttausende von Juden flohen nach Osten; viele entkamen so letzten Endes Hitlers Gaskammern.

Der KB heißt es gut, daß Arafat die „Pax Americana“ im Nahen Osten unterstützt – einen Appell an den US-Imperialismus, auf seine zionistischen Verbündeten Druck auszuüben, damit Arafat seinen „Kleinstaat“ bekommt, verbunden mit einer Orientierung auf die sogenannten zionistischen „Tauben“ –, aber der KB hat sich nicht einfach hinter der „Erdöl-Diplomatie“ der PLO eingereiht. Er hat ganz einfach die zionistische Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus übernommen.

Die Herrscher des Vierten Reichs sind zugleich zutiefst antisemitisch und proisraelisch. Nicht nur unterstützen sie den zionistischen Staat als Kalten-Kriegs-Verbündeten im Nahen Osten, sie sind auch ziemlich zufrieden damit, daß die Zionisten ein Super-Getto für Juden in Israel geschaffen haben. Und sie sehen den Nazimethoden der Zionisten mit einer zumindest voyeuristischen Befriedigung zu.

Die propalästinensische Haltung der Grünen, die sich in dem Besuch von Bundestagsabgeordneten der Grünen in Israel 1984 widerspiegelte, rief große Aufregung hervor. Aber jetzt sorgen sich „Realos“ wie Otto Schily um Israels „Sicherheit“ und besuchen Israel, um mit den faschistoiden Siedlern von Gush Emunim zu diskutieren und nicht mit den palästinensischen Opfern der zionistischen Unterdrückung. Die „Respektabilität“ der Realos bedeutet hundertprozentige Unterstützung für die NATO. Aber das gesamte grüne Spektrum hat sich über diese Frage nach rechts bewegt und begrüßt jetzt Washingtons Nahost-„Friedens“plan. Der KB ist etwas zu lange in dem grünen Sumpf versunken gewesen: Antisowjetismus und Zionismus gehen Hand in Hand. ■

Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 1

Grenzpolizei so sehr auf drusische Offiziere gestützt, daß sie bei Palästinensern „Drusi“ hieß. Heute sitzen über 800 drusische Jugendliche im Gefängnis, weil sie die Einberufung in die israelische Armee verweigerten. Auf der West-Bank starteten israelische Truppen eine Terror-„Offensive“ gegen Dörfer auf dem Lande, die lange als immun gegen „PLO-Agitation“ angesehen worden waren. Elf Tage lang zwangen israelische Soldaten die 120 000 Einwohner von Nablus, in ihren Häusern zu bleiben, dann schossen sie direkt in eine Menge von Demonstranten.

Im arabischen Sektor Jerusalems, der seit seiner Annektierung gleich nach dem Krieg 1967 als ein Paradies der jüdisch-arabischen „Koexistenz“ unter dem „liberalen“ Bürgermeister Teddy Kollek dargestellt wurde, wurde innerhalb weniger Wochen schon die zweite Ausgangssperre verhängt, öffentliche Schulen in arabischen Vierteln wurden geschlossen. Die Israelis dachten, sie könnten die Palästinenser in Ostjerusalem mit Sozialleistungen kaufen, aber der unablässige Terror hat nur dazu geführt, die palästinensische Nation zu einigen, innerhalb wie außerhalb der „grünen Linie“ (der Grenze vor 1967).

Ein Journalist, der Gaza im Dezember besuchte und der selbst durch israelische Schüsse verletzt wurde, schilderte einen der Vorfälle, dessen Zeuge er wurde und der sowohl die stolze Unbeugsamkeit der Palästinenser wie auch die Blutrünstigkeit der israelischen Soldaten wiedergibt:

„Die Soldaten fingen an, auf einen jungen Mann zu schießen, der auf dem Dach des Ostgebäudes (eines Krankenhauses) stand... Der junge Mann versuchte zu fliehen, sah dann einen Soldaten vor sich. Er blieb stehen, sah den Soldaten geradewegs an, öffnete sein Hemd, legte seine Brust frei und sagte: ‚Schieß‘. Der Soldat zielte mit seinem Gewehr aus einer Distanz von 15 Metern und schoß.“ (*Ha'ir*, 18. Dezember 1987, übersetzt von Israel Shahak)

Als die palästinensischen Massen der besetzten Gebiete mutig gegen das israelische Gewehrfeuer ankämpften, organisierte Jassir Arafats PLO ein „Schiff der Wiederkehr“, um deportierte Palästinenser aus Zypern nach Israel zurückzubringen, was lebendige Erinnerungen an den berühmten zionistischen Flüchtlingstransport mit der *Exodus* 1947 hervorrief. Ein PLO-Sprecher verkündete, „wenn das Projekt des Schiffs der Wiederkehr scheitert, wird es der Welt das wahre antipazifistische Gesicht Israels gezeigt haben“ (*Philadelphia Inquirer*, 13. Februar). Und die Zionisten haben ihr Gesicht gezeigt! Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir, einer der für das Massaker von Deir Yassin verantwortlichen Terroristen, brandmarkte das „Schiff der Wiederkehr“ als eine „Kriegserklärung“, und der Verteidigungsminister Yitzhak Rabin von der „Arbeiter“partei schwor, es zu stoppen, „auf welchem Weg auch immer“. Sie fanden den Weg über Israels Geheimdienst, den Mossad: Drei PLO-Führer wurden in Zypern mit einer Autobombe ermordet, und dann riß eine Mine ein klaffendes Loch in die Bordwand des Schiffs.

Die kleinbürgerlich-nationalistische PLO, die jahrelang das Vertrauen in die arabischen Bourgeoisien und in eine endlose Folge von Resolutionen der Vereinten Nationen gepredigt hat, steht angesichts des ungezügelt massiven zionistischen Terrors hilflos da. Wie ein Palästinenser aus dem Bakaa-Flüchtlingslager in Jordanien mit Hinweis auf die zahllosen UN-Resolutionen für einen „gerechten Frieden“ und „sichere Grenzen“ bitter ausrief: „Wie viele Nummern müssen wir eigentlich noch einsammeln? Wir haben 242, 338, 600 oder 700. Wir können die Nummern nicht mehr behalten, aber wir wissen, daß wir immer noch Flüchtlinge sind“ (*New York Times*, 14. Februar). Die Zionisten stellten ihre Haltung zu den UN-Resolutionen während der Belagerung von Beirut 1982 auf schreckliche Weise zur Schau, als sie befahlen, daß das Artilleriebombardement der Stadt exakt um 2.42 und 3.38 Uhr begann. Ironischerweise wurde die *Sol Phyne* als „Schiff der Wiederkehr“ gechartert, von Arafat & Co. zuletzt benutzt, um PLO-Kämpfer 1982 unter dem „Schutz“ von Reagans

Marines aus Beirut zu evakuieren. Palästinensische Flüchtlinge blieben schutzlos zurück und wurden in den Lagern von Sabra und Schatila massakriert.

Seit diesem Massaker – das dem Fiasko der israelischen Invasion auf dem Fuße folgte – hat die israelische Gesellschaft keine derart offene Empörung über den antiarabischen Terror gesehen wie anlässlich des Vorfalles in Salim. Eine israelische Lehrerin, die sich selbst für eine überzeugte Zionistin hält, sagte: „Wie kann ich hier weiterleben? Was habe ich gemeinsam mit den Leuten, die das getan haben?“ Zwei der Soldaten wurden interniert, und verlegene Beamte spielten es als „Exzeßhandlung“ herunter. Aber Arbeiterpartei und Likud sind sich einig über die Notwendigkeit, die palästinensischen Proteste mit soviel Terror wie nötig zu unterdrücken, während die israelischen Klerikal-Faschisten nach *mehr* palästinensischem Blut schreien.

Sadistische Greuelthaten gegen Palästinenser sind kein „Exzeß“ des Zionismus, sondern die Norm. Am Vorabend des Einmarsches in Ägypten im Oktober 1956 massakrierte die israelische Grenzpolizei wahllos 47 Menschen in dem Dorf Kfar Kassim. Als der Skandal an die Öffentlichkeit kam, hielt der Premierminister Ben Gurion von der Arbeiterpartei den Schaden für sich in Grenzen, indem er es als eine Handlung von Verbrechen hinstellte. Er warf eine Handvoll der am schwersten belasteten Mörder für ein paar Jahre ins Gefängnis, nur um sie bei ihrer Entlassung auszuzeichnen, einschließlich einem, der Sicherheitschef für die Nukleareinrichtungen bei Dimona wurde. Also werden sie jetzt, bis der Skandal vergessen ist, einige der an der Greuelthat von Salim beteiligten Soldaten einsperren als Sündenbock für etwas, was in Wirklichkeit Regierungspolitik ist.

Zur gleichen Zeit kommen bedeutende Teile des israelischen Establishments zu dem Schluß, daß es irgendeine Art von territorialem Kuhhandel geben muß, und spielen dem heuchlerischen Bestreben ihrer amerikanischen Zahlmeister in die Hände, „Land gegen Frieden“ einzutauschen. Washington versucht verzweifelt, den „Geist von Camp David“ wiederzubeleben, dem israelisch-ägyptischen Abkommen, das eine lokale „Autonomie“ unter der israelischen Armee in den besetzten Gebieten vorsah. Die USA und die bürgerlichen arabischen Regime an Israels Grenze sind zutiefst besorgt darüber, daß die Massenproteste, die die besetzten Gebiete erschüttern, das bißchen Stabilität zunichte machen, das es in der Region gibt. So macht der Außenminister Shimon Peres von der Arbeiterpartei, der auch die Gedanken des israelischen Oberkommandos ausdrückt, Andeutungen über eine „Entmilitarisierung“ des Gaza-Streifens. Aber Shamir weist die amerikanischen Schritte als unannehmbar zurück, und der ägyptische Präsident Mubarak gibt zu, daß das Abkommen von Camp David ein „Ding der Vergangenheit“ ist.

Die arabischen Scheiche und Diktatoren befürchten, daß sich die Massenproteste über die ganze palästinensische Diaspora im Nahen Osten und in ihre eigenen Länder ausbreiten. Die palästinensischen Araber gehören zu den gebildetsten und kosmopolitischsten Völkern im Nahen Osten. Sie bilden eine entscheidende Komponente der Arbeiterschaft in den ölreichen Golfstaaten und stellen 80 Prozent der Bevölkerung Jordaniens. Palästinensische Gewerkschaften sind selbst unter den Bedingungen der brutalen Unterdrückung im Gaza-Streifen organisiert worden, der praktisch ein riesiges Konzentrationslager ist. In der Tat sind die Arbeiterorganisationen eine so bedeutende Kraft geworden, daß selbst Flugblätter des fundamentalistischen Islamischen Dschihad dazu aufrufen, daß „die Arbeiter Palästinas sich vereinigen“ (*Middle East International*, 9. Januar).

Unter der Führung einer internationalistischen bolschewistischen Partei können die palästinensischen Arbeiter der Katalysator für die sozialistische Revolution in der ganzen Region sein. Der reaktionäre zionistische Konsensus innerhalb der hebräischen Bevölkerung muß zerschlagen werden, wenn sie der Todesfalle entkommen will, die ihre Herrscher ihr gestellt haben. Der rassistische Zionismus ist nicht die Errettung für das jüdische Volk, sondern sein Todfeind. Vor dem Nazi-Holocaust war der Zionismus eine marginale Sekte, verachtet von den jüdischen

Arbeitern Osteuropas, die einen Schlüsselbestandteil der revolutionären sozialistischen Bewegung darstellten. Einer der israelischen Besatzungsoffiziere erinnert sich:

„Mein Vater war ein Überlebender des Holocaust aus Polen. Er war in fünf verschiedenen Konzentrationslagern. Er war politisch sehr radikal, sehr links. Im wesentlichen waren mein Vater und ich verschiedener Meinung über die Dinge hier. Er glaubte, auf eine irgendwie naive Art, daß es eine Lösung gibt für zwei Völker, die in dem gleichen Land leben.“ (*New York Times*, 5. Januar)

Unter dem Kapitalismus gibt es keine gerechte Lösung für die widerstreitenden nationalen Ansprüche der palästinensischen und der hebräischsprachigen Nation. Aber es gibt einen Weg, daß zwei Völker gemeinsam in diesem Land leben können. Ihr eigenes Überleben verlangt es, daß die hebräischen Arbeiter mit der zionistischen Bourgeoisie brechen und die nationalen Rechte ihrer palästinensischen Brüder verfechten. Eine sozialistische Revolution, die die zionistischen Schlächter und die arabischen Bourgeoisien wegfegt, wird das Recht auf Selbstbestimmung für beide Nationen garantieren, das heißt das Recht auf einen separaten Staat. Die Trotzisten kämpfen für einen binationalen Arbeiterstaat auf beiden Seiten des Jordan. Schmiedet trotzistische Parteien – Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Übersetzt nach Workers Vanguard Nr. 447, 26. Februar

Umgruppierung

Fortsetzung von Seite 2

fern, müssen sie sich mit den historischen Wurzeln der „friedlichen Koexistenz“ auseinandersetzen, die in der stalinistischen politischen Konterrevolution liegen. Die objektiven Möglichkeiten für solch eine grundlegende Überprüfung der kommunistischen Geschichte werden außerdem durch das Phänomen von Gorbatschows „Glasnost“ begünstigt, das die Tendenz hat, die Frage von Trotzki und der Linken Opposition (wie auch die von Bucharin und den „Rechten“) aus dem Reich der Dämonologie zurückzuholen. Trotzki's Kampf gegen die stalinistischen Usurpatoren kann nicht länger einfach mit Verleumdungen wie „Agenten des Mikado“ und „antisozialistische Saboteure“ abgetan werden; also geben endlich sogar Stalins Nachfolger in der Kreml-Bürokratie zu, daß Trotzki eine historische Persönlichkeit der kommunistischen Bewegung war, die einen Kampf über Politik und Programm geführt hat.

Die stalinistische bürokratische Kaste versucht, ihre Position an der Spitze der kollektivierte Wirtschaft, aus der sich ihre Privilegien herleiten, zu verteidigen, indem sie lieber den Imperialismus beschwichtigt und besänftigt, als daß sie die internationale Revolution fördert. Stalins Komintern, die als Transmissionsriemen für diese Politik der internationalen Klassenkollaboration diente, wurde im wesentlichen den Sozialdemokraten der Zweiten Internationale ähnlich, die sich 1914 um ihre „eigenen“ Bourgeoisien scharten. Die Katastrophe von 1933, als Hitlers Faschisten ohne Widerstand der mächtigen deutschen Arbeiterbewegung an die Macht kamen, war nicht einfach ein „Fehler“ oder eine Niederlage, nicht einmal nur eine Niederlage gewaltigen Ausmaßes, die direkt den Weg zum Weltkrieg ebnete; sie war ein Verbrechen, das verallgemeinert und unterstrichen wurde durch den Stalin-Laval-Pakt und die Annahme der „Volksfront“-Politik auf dem Siebten Weltkongreß der Komintern, der die konsequente Klassenzusammenarbeit im Namen des „Bündnisses“ mit der „progressiven“ imperialistischen Bourgeoisie absegnete. Die Kommunistischen Parteien waren zu bürgerlichen Arbeiterparteien geworden, reformistischen Stützen der kapitalistischen Herrschaft, im Grunde kaum anders als die sozialdemokratischen Parteien, die zwischen ihrer proletarischen Basis und dem Diktat ihrer bürgerlichen Gebieter balancieren. Die KPen haben jedoch einen weiteren Widerspruch: sie müssen versuchen, zwei entgegengesetzten Gebieten zu dienen, der Moskauer stalinistischen Bürokratie und der „progressiven“ Bourgeoisie ihrer eigenen Länder, die die Sowjetunion

Fortgesetzt auf Seite 10

Umgruppierung

Fortsetzung von Seite 9

haßt und fürchtet. Ihre Führungen haben so jahrzehntelang versucht, beide Widersprüche zugunsten des Reformismus aufzulösen; Eurokommunismus ist ein unvermeidliches Produkt des Stalinismus.

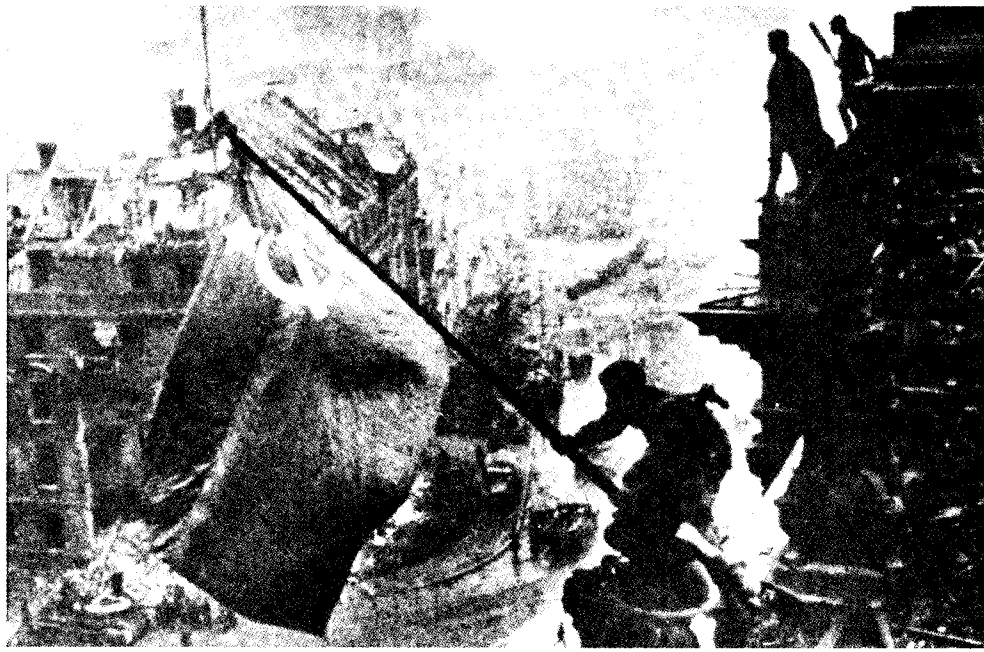
Die Genossen der Tribune communiste stellten fest, daß eine revolutionäre proletarische Alternative zum Reformismus nicht innerhalb des politischen Rahmens des Stalinismus aufgebaut werden kann, der die Kommunistische Internationale schon lange vor ihrer formalen Liquidierung 1943 ihres internationalistischen Inhalts beraubte. Dies ist die grundlegende marxistische Perspektive, zusammengefaßt im Titel der Resolution, die auf der Konferenz der Tribune communiste vor der Fusion angenommen wurde: „Von der Illusion, man könne die KPF umwandeln, zum Weg von Lenin und Trotzki“.

Das Erbe von le Communiste

Der gemeinsame Prosowjetismus verringerte genausowenig die nationalen Unterschiede zwischen den diversen oppositionellen Tendenzen wie der Anspruch, ein Teil der „kommunistischen Weltbewegung“ zu sein. Ohne ein Programm für die sozialistische Weltrevolution war und bleibt jede derartige Gruppierung gefangen in ihrer jeweiligen nationalen Umgebung.

Tribune communiste entsprang aus der Gruppe *le Communiste*, deren Geschichte in der Tat bezeichnend ist. Denn *le Communiste* entstand als Nebenprodukt der pabloistischen Revision des Trotzkismus, die die Vierte Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution zerstörte. Als sich Tribune communiste im Laufe ihres Bruchs vom Stalinismus mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzte, wurden sie mit dem Pabloismus konfrontiert, dem Versuch, einen Ersatz dafür zu finden, daß das Proletariat von seiner bewußten Avantgarde unter dem Banner des Trotzkismus organisiert und damit die Krise der revolutionären Führung gelöst wird. Die Fusion von LTF und Tribune communiste stützte sich so auf den Artikel „Ursprünge des Pabloismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975) sowie auf die Dokumente der ersten vier Kongresse der Kommunistischen Internationale.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die trotzkistische Bewegung in eine schwere politische Krise gestürzt. Die Vierte Internationale wurde 1938 gegründet, als die Fronten für den Zweiten Weltkrieg Gestalt annahmen, aus der dringenden Notwendigkeit heraus, die „Krise der revolutionären Führung“ zu lösen, die dazu geführt hatte, daß das internationale Proletariat dem Faschismus und dem imperialistischen Gemetzel schutzlos ausgeliefert war. Aber die kleinen trotzkistischen Kräfte wurden im wesentlichen militärisch besiegt. Die physische Vernichtung der Linken Opposition in Rußland durch die blutigen Säuberungen der Moskauer Prozesse wurde 1940 abgeschlossen, als Trotzki in Mexiko durch einen stalinistischen Agenten



Die Rote Armee hat Europa vom Alptraum der Nazi-Besetzung befreit. Sowjetische Soldaten hissen zum 1. Mai 1945 in Berlin die rote Fahne auf dem Reichstag

ermordet wurde. Eine große Zahl trotzkistischer Kader in Europa und Asien wurde durch faschistischen Terror, durch den Krieg und stalinistische Unterdrückung ausgelöscht. Die jüngere Generation der trotzkistischen Kämpfer in Europa wurde dezimiert, einschließlich ihrer vielversprechendsten jungen Führer. Dies begünstigte den Aufstieg von Michel Pablo, dessen hervorstechendstes Merkmal sein Impressionismus war. Die politische Passivität der amerikanischen SWP gegenüber der verwüsteten europäischen Bewegung nach dem Krieg half ebenfalls Pablo, als Führer der Vierten Internationale in der Nachkriegszeit aufzusteigen. (Die SWP war eine relativ starke Partei, aufgrund der Wurzeln, die James Cannon und andere amerikanische trotzkistische Führer in der frühen KP hatten, wegen ihrer späteren engen Zusammenarbeit mit Trotzki und weil sie als amerikanische Organisation von den Verheerungen des Massakers in Europa verschont blieb.)

Die trotzkistische Bewegung wurde nach dem Krieg außerdem durch neue Entwicklungen desorientiert. Trotzki hatte vorausgesagt, daß der Krieg, wie es beim Ersten Weltkrieg der Fall war, soziale Erschütterungen in der gesamten kapitalistischen Welt hervorrufen würde, die notwendigerweise eine äußerst destabilisierende Wirkung auf die internationale stalinistische Bewegung haben würden. Daß diese Voraussage ziemlich richtig war, sieht man zum Beispiel an dem anfänglichen Zusammenbruch der Roten Armee gegenüber der Invasion Hitlers, sowie an den stürmischen gesellschaftlichen Bedingungen in Westeuropa am Ende des Krieges. In Italien und Griechenland war der offene Verrat der Stalinisten nötig, um die linken Widerstandskräfte militärisch und politisch zu entwaffnen und die Macht wieder der Kapitalistenklasse auszuhändigen, und in England und Frankreich mußten die stalinistischen Parteien als Verfechter des kapitalistischen „nationalen Wiederaufbaus“ Überstunden schieben, um wieder stabile bürgerliche Regierungen herzustellen. Nichtsdestoweniger hatten die Stalinisten Erfolg damit, den revolutionären Kampf abzulenken, und gingen scheinbar stärker als zuvor daraus hervor (in Frankreich wurden sie beispielsweise die beherrschende Kraft im Gewerkschaftsverband CGT).

Eine weitere und unerwartete Entwicklung war die der Ausbreitung von stalinistisch regierten Staaten in Osteuropa. Nach dem militärischen Sieg der Roten Armee über die Nazis und ihre Marionettenregime flüchteten die früheren Herrscher Hals über Kopf ins nächste amerikanische Hauptquartier und ließen ein Machtvakuum zurück, das die Rote Armee schnell füllte, indem sie „Koalitionsregierungen“ einsetzte. Angesichts der Unnachgiebigkeit der amerikanischen Imperialisten zu Beginn des Kalten Krieges sahen sich die Stalinisten gezwungen, deformierte Arbeiterstaaten zu errichten. In Jugoslawien (und in China) lief ein anderer Prozeß ab. Dort fanden unter stalinistischer Führung Revolutionen statt, deren Basis die Bauern waren. Konfrontiert mit der erneuten Stabilisierung und der Ausbreitung von stalinistisch regierten Staaten, entwickelte die impressionistische Strömung um Pablo die Ansicht, daß der Stalinismus eine „objektiv revolutio-

näre Rolle“ spielen könnte.

Der pabloistische Revisionismus entstand als Versuch, die Vierte Internationale „effektiver“ zu machen, indem man sie an die existierenden Führungen der Arbeiterklasse anpaßte. Michel Pablo, der Leiter des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale, rief zu einer Politik des „Entrismus sui generis“ (Entrismus einer besonderen Art) auf: die Trotzkisten würden in die stalinistischen und sozialdemokratischen Massenparteien mit der Perspektive eintreten, dort eine lange Zeit zu bleiben, um die Reformisten nach links zu drängen. Pablo rechtfertigte diese politische Liquidierung theoretisch, zunächst sagte er „Jahrhunderte von deformierten Arbeiterstaaten“ voraus, dann, in seinem Dokument „Wohin gehen wir?“ von 1951, einen vor der Tür stehenden dritten Weltkrieg, der die Stalinisten dazu zwingen würde, „sich im groben eine revolutionäre Orientierung zu geben.“

Der Kern der pabloistischen Perspektive war ihr Objektivismus, eine „neue Weltrealität“, in der die Flutwelle der Revolution nicht zurückzudrängen ist. Nicht die leninistische Partei des Proletariats, sondern eher ein „stumpfes Instrument“ wurde als ausreichend für die sozialistische Revolution angesehen. Diese Methode war nicht auf die Einschätzung des Stalinismus beschränkt; die europäischen Pabloisten betrieben tiefen Entrismus in die reformistischen Massenparteien (in die stalinistischen wie in die sozialdemokratischen) Westeuropas während der fünfziger und sechziger Jahre. Dann schwenkten sie um zu anderen Zielen, die gerade „in“ waren: dem „algerischen Sozialismus“ à la Ben Bella; der kubanischen Revolution und den kleinbürgerlichen abenteuerlichen Bemühungen, Kuba an anderen Stellen Lateinamerikas zu wiederholen; der Vernarrtheit in den vietnamesischen Stalinismus, nachdem die amerikanische Eskalation des Krieges das Wachstum der studentischen „neuen Linken“ vorantrieb; dem elitären Radikalismus der „Roten Universitäten“ und so weiter – endlose Bemühungen, eine undefinierbare „neue Massenantgarde“ zu finden, als Ersatz für den leninistischen Kampf, die Arbeiterklasse programmatisch von ihren traditionellen reformistischen Führungen wegzubrechen. Die wesentliche Methode des Pabloismus ist „laßt es die anderen machen“. Dabei wechseln die Kandidaten für die „anderen“ so schnell, wie die Impressionisten sich aufrappeln können, um hinter allem herzulaufen, was in „Bewegung“ zu sein scheint. So wurden in den letzten Jahren Ernest Mandel & Co. zu „Eurotrotzkisten“, die direkt den rechtsten Flügeln der westlichen stalinistischen Parteien und den Sozialdemokraten hinterherliefen und dabei den Makler zu spielen versuchten, der die „extreme Linke“ zusammenstoppelt, um auf die Volksfront Druck auszuüben. Im Dienst der Kalten-Kriegs-Sozialdemokratie feiern sie heute die klerikal-nationalistische Solidarität und rufen angesichts der vom CIA unterstützten islamischen Reaktionen zum Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan auf.

In Frankreich führten 1954 Michèle Mestre und Mathias Corvin, ehemalige Führer der französischen Sektion der Vierten Internationale und mit Pablo liiert, den Pab-

loismus zu seinem logischen Abschluß und gründeten *le Communiste*. Sie brachen öffentlich mit dem Trotzkismus und begannen ein Vierteljahrhundert halbklandestiner „Opposition“ als das Mächtigen-linke-Gewissen der KPF. Wie die Genossen der Tribune communiste schrieben:

„Als ‚le Communiste‘ wegging, entdeckte sie einen ‚grundsätzlichen Fehler‘ der Vierten Internationale, nämlich daß die Parteien der Dritten Internationale niemals die Sache der proletarischen Revolution verraten hätten. In ihrer Broschüre mit dem Titel ‚In Verteidigung des Kommunismus‘ schrieb Mestre: ‚man sollte der trotzkistischen Bewegung zugutehalten, daß der Fehler begünstigt wurde durch den opportunistischen Kurs des Bündnisses mit der demokratischen Bourgeoisie, den (ab 1933) die Kommunistische Partei der UdSSR wie auch andere Kommunistische Parteien verfolgten. ‚Sozialismus in einem Land‘; die Liquidierung der Sowjets; die Liquidierung der Partei, die auf die Rolle eines Werkzeugs der Bürokratie reduziert wurde; die Exekution praktisch des gesamten bolschewistischen Zentralkomitees von 1917; die Enthauptung der Roten Armee; die Niederlage des deutschen Proletariats; die Zerschlagung der chinesischen Revolution; die Niederlage in Spanien – all das wurde auf das Niveau eines lediglich opportunistischen Kurses reduziert, den man korrigieren könne.“ („Von der Illusion, man könne die KPF umwandeln...“)

Was die Gründungscharta von *le Communiste* „Verteidigung der UdSSR“ nennt, war in Wirklichkeit die Verteidigung der sowjetischen Bürokratie. Ein „Prozeß der Erneuerung“ ersetzte die proletarische politische Revolution, und natürlich feierte *le Communiste* sowohl die Rede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag als auch die Zerschlagung der ungarischen Revolution später im gleichen Jahr.

Ironischerweise wurde Mestre selbst, trotz dieser Apologien für den Stalinismus, nie als Mitglied der KPF zugelassen – von dieser Partei behauptete *le Communiste* weiterhin, sie sei „die Partei der Arbeiterklasse“, selbst angesichts des Verrats der KPF während der vorrevolutionären Situation im Mai 1968.

Der Eckpfeiler des Stalinismus

Gegenüber mehr als 60 Jahren von Niederlagen und Verrat, für die der Stalinismus verantwortlich ist, ist der Trotzkismus Ausdruck eines wissenschaftlich begründeten historischen Optimismus: die Partei, Träger des revolutionären Programms, das die historischen Interessen der Arbeiterklasse ausdrückt, kann das Proletariat von seinen verräterischen traditionellen Führern weggreifen, um die sozialistische Umwandlung der Welt durchzuführen. Umgekehrt teilen alle Apologeten des Stalinismus die Konzeption, daß die Bürokratie der einzige Wächter über die kollektivierten Eigentumsformen sei, da jeder Volksaufstand, selbst wenn er sich auf das Proletariat konzentriert, unweigerlich zur kapitalistischen Konterrevolution führe. Die Logik, die der stalinistischen Vorstellung zugrundeliegt, ist zutiefst pessimistisch und tatsächlich prokapitalistisch: eine Arbeiterklasse, die ein stalinistisches Regime erlebt hat, wird – so stellen sie es dar – unweigerlich die bürgerliche Demokratie vorziehen! Die Sozialdemokraten, die danach streben, in den deformierten Arbeiterstaaten die Rolle der Speerspitze der Konterrevolution mit „demokratischem“ Antlitz zu spielen, haben nie anders gedacht.

Genau diesen Eckpfeiler des Stalinismus entdeckten die Genossen, die ein Jahr vorher die Tribune communiste gebildet hatten, im Jahr 1981, dem Jahr der Polenkrise und des Machtantritts von Mitterrands Volksfront. Im Dezember 1981 gaben zwei der Gründer von Tribune communiste – die Genossen Emile Fabrol, zu der Zeit Führungsmitglied von *le Communiste*, und Yannick – Jaruzelskis Gegencoup zu Recht militärische Unterstützung: der Gegenwehr gegen den tatsächlichen Versuch der konterrevolutionären Kräfte von Solidarität, die Macht zu ergreifen. Aber zur gleichen Zeit kämpften sie, zusammen mit anderen, gegen die Position, der polnischen Bürokratie auch politische Unterstützung zu geben. Sie schrieben über den Ausnahmezustand:

„diese Maßnahmen werden nichts We-

LE BOLCHEVIK
Les Palestiniens défilent la "main de fer" staliniste
Israël hors des territoires occupés!

Lajoinie-Marchais tétanisés par le sphinx de l'Élysée
Militants du PCF: rompez!

abonnez-vous au Bolchévick

1 an (10 numéros): 10,- DM
Commande:
Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31,
2000 Hamburg 11

sentliches lösen, solange nicht die Linie in Frage gestellt wird: die politische Linie der Kapitulation gegenüber nationalistischen, kleinbürgerlichen und reaktionären Kräften, die wirtschaftliche Linie, die darin besteht, die Wirtschaft immer stärker den imperialistischen kapitalistischen Ländern unterzuordnen.“

Zur gleichen Zeit gehörten sie zu denen, die die Mehrheit der Redaktion von *le Communiste* davon überzeugten, sich zum ersten Mal zu weigern, bei den Parlamentswahlen im Juni 1981 für die KPF zu stimmen, aus Opposition über den Eintritt der KPF in die antiproletarische, antisowjetische Volksfront. Ihre fraktionellen Gegner riefen dazu auf, „aus Prinzip für die Partei der Arbeiterklasse zu stimmen“.

Hier war die Verknüpfung der russischen Frage mit der Volksfront – um solche Bündnisse der Klassenzusammenarbeit aufzubauen, verlangt die Bourgeoisie von ihren Agenten in der Arbeiterbewegung zwei Schlüsselgarantien: die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht anzutasten und die „nationale Verteidigung“ zu unterstützen. So wie die Unterstützung der KPF für den Laval-Stalin-Pakt von 1935 (in dem Stalin der Notwendigkeit militärischer Vorbereitungen des französischen Imperialismus „vollkommen zustimmte“) für die Bildung der Volksfront wesentlich war, so war die Unterstützung der KPF für die antisowjetische Force de frappe (und eine gemeinsame Erklärung mit der Sozialistischen Partei im Juni 1981, in der ein Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gefordert wurde) eine notwendige Voraussetzung für ihre Teilnahme an der Mitterrand-Regierung.

Die Positionen der Genossen der Tribune communiste war prinzipienfest, aber partiell und noch nicht verallgemeinert. Aber die stalinistische Methodologie, die *le Communiste* in sterilen und zutiefst opportunistischen Apologien für Verrat erstarren ließ, hatte schon begonnen zusammenzuberechnen.

Die Konfrontation mit dem Trotzkismus

Die LTF trat als einzige unter den Gruppen der „extremen Linken“ in Frankreich ge-

hervor, um ihre patriotische Glaubwürdigkeit aufzupolieren. So machte diese rassistische Kampagne der KPF eine kritische Unterstützung unmöglich.

Um die gleiche Zeit wurde die Linie der iST, die Sowjetunion zu verteidigen, immer bekannter unter den Mitgliedern der KPF. Verkäufe des französischen *Spartacist* mit der Überschrift „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ auf der Maidemonstration 1980 schnellten in die Höhe, und ein älterer Arbeiter erklärte: „Ich wußte nicht, daß die Trotzkisten die Sowjetunion verteidigen.“ Im Oktober 1981 bekam ein stalinistisches Ordnerteam den Auftrag, Militante der LTF zu entfernen, die ein Flugblatt „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność“ vor einem Treffen verteilten, bei dem Walesa Gast des KPF-orientierten Gewerkschaftsverbands CGT war. „Ich stimme mit euch über Polen überein, aber ich habe meine Befehle“, beschwerte sich einer.

Ähnliches passierte im Januar 1982 während der Welle antikommunistischer Hysterie, nachdem der versuchte Coup von Solidarność abgeblockt worden war: die LTF schlug dem stalinistischen Studentenverband UEC vor, an der Pariser Universität Tolbiac eine Debatte über das Thema „Wie sollen die sozialen Errungenschaften in Polen verteidigt werden?“ durchzuführen und gemeinsam zu verteidigen, nachdem die UEC das Opfer von sozialdemokratischem Gangstertum geworden war. Die LTF führte das Treffen durch, die Einladung an die UEC blieb bestehen – wenn die UEC-Bürokraten sich auch nicht trauten aufzutreten, so kamen doch einige der Mitglieder, unter ihnen auch ein zukünftiges Mitglied von Tribune communiste. Antikommunisten starteten einen wütenden Überfall auf die Versammlung, aber die LTF verteidigte sich nicht nur erfolgreich, sie führte auch eine aggressive Kampagne für ihr Recht durch, sich an der Universität zu organisieren.

Die LTF versuchte auch das, was von außen wie ein heterogenes „antiopportunistisches“ Milieu aussah, zu polarisieren, und schrieb:

„Welche Kritik sie auch anzubringen haben, *le Communiste* versucht, KPF-Militante innerhalb des verrotteten reformisti-

vier Jahren ging sie durch eine Reihe von lokaleren „Komitees“, die eine Anzahl örtlicher „antiopportunistischer“ Gruppen als Föderation zusammenfaßten. (*Le Communiste* förderte die Vermehrung solcher örtlichen Gruppen – als eine rein literarische, externe Pressure-group auf die KPF. Die „antiopportunistische“ Strömung, die, wie Tribune communiste richtig bemerkt, ein „Zwitterkonzept“ war zwischen „revolutionär“ und „opportunistisch“, war nicht in stande, nach leninistischen Normen zu funktionieren.)

Sie landeten schließlich in der „Vereinigten Kommunistischen Neugruppierung“ (RCU), die vorschlug, zu den Traditionen der Kommunistischen Internationale zurückzukehren, ohne jede Analyse, wie oder warum die Internationale zerstört worden war! Im September 1986 wurden sie aus der RCU ausgeschlossen, wegen des ketzerischen Vorschlags, tatsächlich Militante aus der KPF zu rekrutieren. Tribune communiste war frustriert von der „antiopportunistischen“ „Zirkelmentalität“, sie wollten mit einem Programm bewaffnet in die Realität intervenieren. Sie begannen festzustellen, daß gerade die LTF, die unverblümt erklärte, „die KPF ist kein Platz für einen Kommunisten!“, einigen bescheidenen Erfolg dabei hatte, Militante aus der KPF zu rekrutieren. Für ihren Bruch mit der verknöcherten gesamten Tradition von *le Communiste* war es bezeichnend, daß sie, kurz bevor sie in politische Diskussion mit der LTF traten, vorschlugen, zusammen mit der LTF in Paris eine Einheitsfrontaktion zu initiieren, im Zusammenhang mit der von der LTF initiierten Kampagne gegen die rassistische Diskriminierung, die von der Cafeteria „Flunch“ in Rouen praktiziert wurde.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Diese Genossen beschrieben ihr Dilemma nach ihrem Ausschluß aus der RCU folgendermaßen: „Zuerst kam es uns so vor, als ob wir *alles* neu überdenken müßten, was uns bei unseren Kräften zur Verzweiflung hätte bringen können. Für uns war die Kontinuität des revolutionären Kampfes 1935 durch den Stalinismus zerrissen worden: es gab eine Lücke von fünfzig Jahren Erfahrung der Arbeiterbewegung, die überbrückt werden mußte.“

In ihrer Linksentwicklung wurden sie von dem prosozialdemokratischen Antisowjetismus der gesamten pseudotrotzkistischen Linken abgestoßen: den Gangstern von Lamberts PCI, den arbeitertümelnden Philistern von Lutte ouvrière und der pabloistischen LCR, die Pierre Juquin eher nach ihrem Geschmack fand, den „Erneuerer“, der für Mitterrand und gegen die Sowjetunion ist (und kürzlich eine rechte Abspaltung aus der KPF führte). In der Tat erlebten die Genossen der Tribune communiste mehr als einmal, wie sie parallel zur LTF gegen die Pseudotrotzkisten intervenierten, gegen die Volksfront, gegen Solidarność, für die Rote Armee in Afghanistan.

Als sie im Sommer 1987 begannen, mit der LTF zu diskutieren, blieben zwei Hauptfragen zu klären. Die erste war Ungarn 1956. Dazu schreiben sie: „Wir gingen an die Frage der Wiederbelebung der Sowjets in der UdSSR und in den deformierten Arbeiterstaaten abstrakt und inkonsequent heran. Unsere Ansicht, die Intervention sowjetischer Truppen (in Ungarn) gegen die Arbeiterräte sei eine Aktion zur Verteidigung der Errungenschaften des Oktober gewesen und die Arbeiterräte eine Art Solidarność, hielt einer Analyse der Tatsachen und historischen Dokumente nicht stand. Ungarn 1956 war tatsächlich ein Versuch, eine wirkliche Diktatur des Proletariats aufzubauen, auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie und der Macht der Sowjets. Wir wären auf der gleichen Seite der Barrikaden gewesen wie die Aufständischen.“

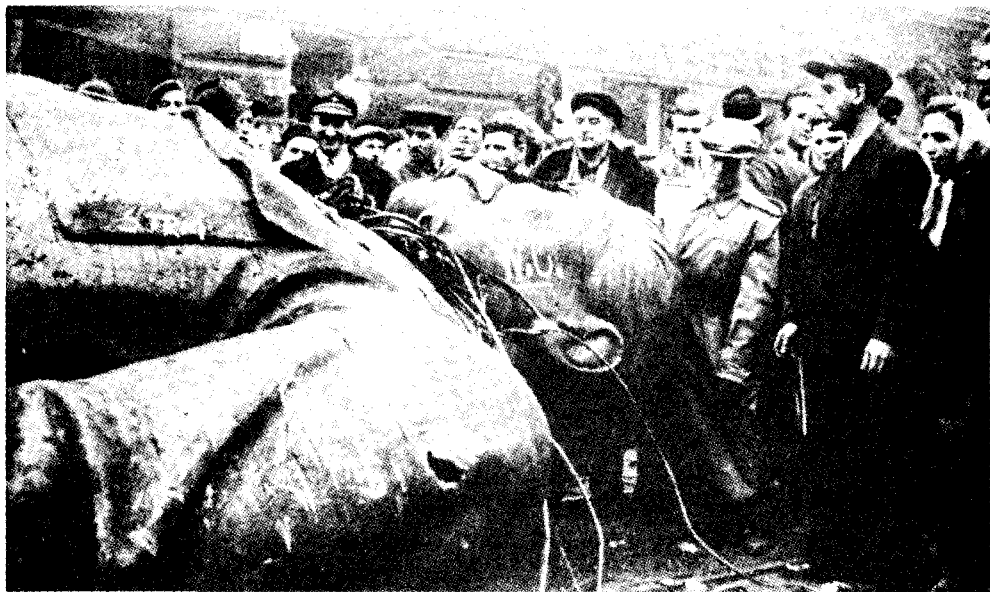
Die zweite war die Frage des „Trotzkismus“. Sie hatten die Erklärung Mestres akzeptiert, daß die Vierte Internationale „bankrott“ sei, und besonders Genosse Fabrol war durch Corvin geschult worden, daß Trotzkis Analysen – zum Beispiel die *Verräterische Revolution* – sogar korrekt seien, aber inzwischen irrelevant. Die wirkliche Frage war der weiter bestehende Einfluß des Dogmas, die KPF sei „die Partei der Arbeiterklasse“, und das Erbe von Jahrzehnten stalinistischer Verleumdungen.

Zu einem so späten Zeitpunkt wie Oktober 1987 gaben sie eine Petition heraus, die ihren letzten Versuch darstellte, Militante der KPF als Militante der KPF zu beeinflussen und unter Druck zu setzen, eine Petition, die die KPF dazu aufrief, sich nicht zugunsten Mitterrands aus dem zweiten Wahlgang der kommenden Präsidentschaftswahlen zurückzuziehen. Aber eine Stimme für die KPF wäre keine Opposition gegen die Volksfront gewesen, noch nicht einmal ein deformierter Ausdruck davon – und der Kandidat der KPF hatte gerade mit dem Faschisten Le Pen im Fernsehen „debattiert“!

Die Genossen wurden jedoch für die Notwendigkeit von programmatischer Klarheit gewonnen und für das Konzept, daß „in der Politik das ‚Etikett‘ auch das ‚Banner‘ ist“, wie es Trotzki sagte. Sie brachen mit der im Grunde pabloistischen Auffassung, die die heimliche Einschmugglung von „trotzkistischen Ideen“ zur allgemeinen Politik erhebt. Am Vorabend der Fusion nahmen sie in einem gemeinsamen Block mit der LTF an der von der KPF organisierten antifaschistischen Demonstration vom 27. Januar teil und marschierten mit der LTF unter den Losungen „Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten zur Zerschlagung der Faschisten“ und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten“.

In ihrer Fusionsresolution erklärte Tribune communiste, daß die iST die Kontinuität des Trotzkismus darstellt. Der Kampf, der hauptsächlich von der amerikanischen, britischen und der Mehrheit der französischen Sektion gegen Pablo geführt wurde und zu der Spaltung 1953 führte, war zwar unvollständig, verspätet und dadurch abgeschwächt, aber es war ein notwendiger Kampf, der das trotzkistische Programm gegen das Liquidatorentum verteidigte. Dadurch wurde die Kontinuität des Trotzkismus ermöglicht, heute repräsentiert durch unsere Tendenz, die innerhalb der amerikanischen SWP entstand als Opposition dagegen, daß sich diese Partei, ein Jahrzehnt nach dem Aufstieg des pabloistischen Revisionismus in Europa, den pabloistischen Objektivismus zu eigen machte – der kam zum Ausdruck in kritikloser Verherrlichung einer neuen „neuen Weltrealität“, dargestellt durch Castros Revolution in Kuba. Die internationale Spartacist Tendenz weist die Demoralisierung und den historischen Pessimismus zurück, die der Pabloismus zu einem revisionistischen politischen System machte, und kämpft heute für die *Wiederschmiedung* der Weltpartei der sozialistischen Revolution auf der Grundlage des authentischen internationalistischen Programms von Lenin und Trotzki.

Die Umgruppierung mit Tribune communiste findet statt auf dem festen Fundament der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den zunehmend diskreditierten Strom des Antisowjetismus des neuen Kalten Krieges. Darum könnte sie eine machtvolle Wirkung auf linke Stalinisten wie *The Leninist* in Britannien haben, die trotz ihrer politischen Desorientierung in anderen Fragen noch einen Impuls haben, die Sowjetunion zu verteidigen gegen ihre eigene Bourgeoisie, die die NATO so liebt, und gegen deren unterwürfige Labour-Agenten in der Arbeiterbewegung. Der Kampf von Tribune communiste, mit ihrer Geschichte klarzukommen, während sie eine leninistische Orientierung wiederzuentdecken suchten, ließ im Grunde genommen den Film des pabloistischen Liquidatorentums rückwärts ablaufen: vom Stalinismus zum Pabloismus und zurück zum authentischen Trotzkismus. Als Ergebnis sind nicht nur wertvolle Kader für den Kampf der Wiederschmiedung der Vierten Internationale gewonnen worden, sondern unsere internationale Tendenz führt nun diesen Kampf mit erweiterter Erfahrung und vertieftem Verständnis weiter. ■



Ungarn 1956: Arbeiter stürzen Stalin-Denkmal. Beginn der politischen proletarischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie

gen jede Stimme für den „sozialistischen“ Kalten Krieger Mitterrand auf. Im Herbst 1980 erwog die LTF die Möglichkeit, Marchais von der KPF eine ätzend kritische Unterstützung zu geben. Die Kalte-Kriegs-Offensive der Sozialdemokratie hatte die KPF in ein „Getto“ der Isolierung bei den Wahlen gedrängt: aus Gründen der Selbstverteidigung nahm Marchais eine heuchlerische Pose der Unabhängigkeit von der Bourgeoisie an und äußerte dabei „Selbstkritik“ an den Volksfronten 1936, 1945 und der Linksunion 1972 („dreimal reich“). Die LTF sah in der leninistischen Taktik der kritischen Wahlunterstützung ein Mittel, um die Widersprüche in der Kampagne der KPF zuzuspitzen und die Parteibasis gegen die Spitze zu stellen. Aber im Dezember 1980 führte der KPF-Bürgermeister der Stadt Vitry einen spektakulären Kommandoüberfall auf eine Wohnsiedlung an, in der schwarzafrikanische Arbeiter lebten, um eine rassistische Quotenregelung für „seine“ Gemeinde zu verteidigen. Die KPF verteidigte nicht nur diesen widerwärtigen Chauvinismus, sie hob ihn sogar noch

schon Leichnams der ‚Partei‘ zu halten, indem sie jede ernsthafte Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen für den Reformismus der KPF vermeiden. In Wirklichkeit sagen sie, daß die Arbeiterklasse nichts Besseres erhoffen kann als ihre jetzige verräterische Führung. Sie schalten die französische – und deutsche, polnische und russische – Arbeiterklasse als Träger der revolutionären Veränderung aus, indem sie ihnen rät, sich mit dem zu begnügen, was sie haben. In der Tat ist die KPF kein Platz für einen Kommunisten, und es gibt eine Alternative – das revolutionäre Programm, mit dem Lenin und Trotzki die Russische Revolution führten.“ (*le Bolchévick* Nr. 27, September 1981)

Wir wußten es damals nicht, aber die Genossen von Tribune communiste begannen schon damals, sich von der philisterhaften Auffassung loszureißen, daß „die Arbeiterklasse die Führung hat, die sie verdient“.

Im November 1982 brach Tribune communiste mit *le Communiste*. In den folgenden

KONTAKTADRESSEN

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

SPARTAKIST

Afghanistan:

Gorbatschows Ausverkauf – Manche Russen sagen njet!

Angesichts massiver Aufrüstung des Imperialismus und wirtschaftlicher Stagnation im eigenen Land war die Antwort des Gorbatschow-Regimes, marktorientierte Reformen im Innern einzuführen und gleichzeitig zu versuchen, die raubgierigen imperialistischen Kriegshetzer in anderen Ländern zu beschwichtigen. Tatsächlich stellt der Wunsch des Kreml, aus Afghanistan abzuziehen, die internationale Ausweitung von Perestrojka dar, Gorbatschows Politik ökonomischer „Umgestaltung“, betitelt als „neues Denken“. Nun wird die Intervention der Roten Armee 1979 ein „Fehler“ der „alten Denkweise unter Breschnjew“ genannt. Sicher war es das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, daß die Sowjetunion Truppen außerhalb der Grenzen des sowjetischen Blocks einsetzte. Aber das geschah als Antwort auf die wachsende Aggressivität des US-Imperialismus, der versucht, sich von seinem demütigenden Debakel in Vietnam zu erholen. Washington bewaffnete die afghanischen konterrevolutionären Mudschahedin, außerdem war 1979 das Jahr, in dem die NATO beschloß, Pershing-2-Erstschlagraketen in Europa zu stationieren, nur sechs Minuten Flugzeit von Moskau entfernt.

Der schwerfällige Breschnjew war kaum der globale Klassenkrieger, der er jetzt plötzlich sein soll. Die konservativen Bürokraten im Kreml wollten einfach einen instabilen, strategisch gelegenen Klientenstaat sichern. Obwohl dies objektiv die Möglichkeit einer sozialen Revolution durch die Sowjetisierung Afghanistans eröffnete, versuchte der Kreml fast von Anfang an, das Ausmaß der sozialen Reformen zu beschränken, um die feudale Opposition zu beschwichtigen. Die internationale Spartacist Tendenz (iST) stellte sich mit „Hoch die Rote Armee!“ der impe-



Der Spiegel
Moskauer Klub der afghanischen Kriegsveteranen und ein hochdekoriertes Veteran des Zweiten Weltkriegs. Sowjetische Soldaten fordern offizielle Anerkennung ihrer internationalistischen Pflichterfüllung in Afghanistan

rialistischen Hetze über Afghanistan entgegen, worauf Gegner in der Linken sowie einige verbitterte Elemente, die aus der iST austraten, als der Kalte Krieg heißer wurde, uns vorwarfen, das sei „stalinophil“. Tatsächlich ließen die Stalinisten nie die Rote Armee in Afghanistan hochleben, das taten nur die Trotzisten der iST.

Die Bürokratie, dem nationalistischen Dogma des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ verpflichtet, bewahrte über den afghanischen Krieg ein verschämtes Schweigen. Die bürgerliche Presse behauptete, das sei ein Ausdruck für die Unpopularität des

Kriegs in der Sowjetunion, aber weit davon entfernt: Populäre Forderungen waren nicht die nach Rückzug, sondern nach offizieller Anerkennung des Opfers der Söhne der Sowjetunion, die im Kampf für die Sache des Internationalismus fielen.

Es gibt in Rußland bedeutenden Widerstand dagegen, Afghanistan auszuliefern. Ein Hauptartikel einer der führenden sowjetischen Zeitungen, der *Literaturnaja Gaset*a (17. Februar) gibt auch Hinweise darauf, daß es auf höchster Ebene Differenzen über Afghanistan gibt: „Einige unserer Bürger, die ausgehen von einer Betonung des Staates,

Patriotismus, einem Verständnis der quälenden Schwierigkeiten und aller Probleme, die uns bedrängen, ‚ertappen‘ ihren eigenen Staat.“ Das Regime propagiert den Abzug als eine populäre Forderung, aber eine Umfrage vor kurzem in Moskau zeigte, daß nur 53 Prozent dafür waren. Eine Untersuchung unter sowjetischen Jugendlichen – der Altersgruppe, der der Einsatz in Afghanistan bevorsteht – kam zu dem Ergebnis, daß fast die Hälfte von ihnen dagegen war, abzuziehen, bevor nicht eine stabile, neutrale Regierung hinterlassen werden könne, und sogar zwei von dreien machten sich Sorgen darüber, daß „die westlichen Mächte eine Kontrolle über Afghanistan errichten wollen, um es als eine Basis gegen die Sowjetunion zu benutzen“. Ein Veteran des Afghanistan-Kriegs, Aleksandr Simonow, warnt:

„Die CIA wäre eine große Bedrohung. Und wenn sie dort Raketen stationieren würden, ich denke, das wäre das Ende von allem. . . Ich denke nicht, daß sie (die sowjetischen Truppen) abgezogen werden sollten, denn dann wird das Abschlagen wirklich anfangen. Es wird ein Meer von Blut und Kämpfe im ganzen Land zwischen den verschiedenen afghanischen Gruppen geben.“ (*New York Times Magazine*, 14. Februar)

Im Gegensatz zu dem, was die westlichen Medien und Propagandisten sagen, wurde die sowjetische Intervention in Afghanistan generell von einem großen Teil der Bevölkerung *willkommen geheißt*. Das war besonders im sowjetischen Zentralasien der Fall, wo die Erinnerung an früher, an eine erbärmlich rückständige, von Mullahs beherrschte Gesellschaft wie in Afghanistan, noch lebendig ist. In den ersten Kriegstagen erklärte ein

Fortgesetzt auf Seite 7

El Salvador: Gewerkschaftsführer gekidnappt

Arbeitersolidarität befreit Humberto Centeno

Am 10. März wurde der Gewerkschaftsführer Humberto Centeno von salvadorianischen Militärs aus einer Delegation zum Arbeitsministerium herausgegriffen, brutal zusammengeschlagen und gefoltert. Diese abscheuliche Tat rief in El Salvador und international einen Aufschrei der Empörung hervor. Auch im DDR-Rundfunk und in der DKP-Presse unsere Zeit wurde über die Entführung berichtet. Unter diesem Druck mußte Centeno am 12. März freigelassen werden.

Im folgenden veröffentlichen wir eine Erklärung des Partisan Defense Committee zu diesem Sieg. Das Partisan Defense Committee ist eine klassenkämpferische nichtsektiererische rechtliche Verteidigungsorganisation, die in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S. steht:

Wir erfuhren aus San Salvador, daß heute um 11.30 Uhr der Gewerkschaftsführer Humberto Centeno von den berüchtigten Polizeispezialeinheiten der Finanzbehörde freigelassen und an den Dachverband Ein-

heit der Salvadorianischen Arbeiter (UNTS) übergeben wurde. Centeno liegt jetzt im Diagnostischen Hospital von San Salvador unter dem Schutz seiner Gewerkschaftskollegen. Sein gesundheitlicher Zustand hat sich stabilisiert, bleibt aber weiterhin ernst, als Resultat der brutalen Schläge, die er während seiner Verhaftung am 10. März, Donnerstag abend, erhielt.

Als Reaktion des gemeinen Anschlags auf Centeno organisierten die Arbeiter Salvadors einen kämpferischen Protest. Auch international gab es sofort einen Protestaufschrei, in dem sich die Empörung arbeitender Menschen und aller anderen ausdrückte, die genug haben von dem Terror-Regime, das in El Salvador Berge von Leichen ihrer Klassenbrüder und -schwestern aufgetürmt hat.

Das Partisan Defense Committee macht die salvadorianische Regierung des Präsidenten José Napoleón Duarte und seine Paten in der US-Regierung für diese Greuelthat verantwortlich. Wir begrüßen die

Befreiung Centenos als einen bedeutenden Sieg internationaler proletarischer Verteidigung und rufen zu fortgesetzter Wachsamkeit gegen die Todesschwadronen mit und ohne Uniform auf.

Humberto Centeno ist ein Führer der UNTS, dem größten Gewerkschaftsverband dieses Landes, und Generalsekretär der Salvadorianischen Vereinigung der Arbeiter im Fernmeldewesen (ASTTEL). Er und seine Familie haben über alle Maßen unter dem Folterregime des blutigen Diktators Duarte gelitten: Im November 1985 wurden seine beiden Söhne José und Jaime entführt, gefoltert und für zwei Jahre ins Gefängnis geworfen.

Als sich der Anschlag vom Donnerstag ereignete, war Centeno Teil einer amerikanischen Delegation zum Arbeitsministerium, in dem Gewerkschaftsvertreter von mehreren hundert Regierungssoldaten umstellt worden waren. Sein Bus wurde von Luftstreitkräften angehalten, Centeno wurde herausgegriffen und wiederholt getreten

und geschlagen. Dabei erhielt er mehrere Schläge auf Kopf und Hals, wurde auf den Boden eines Lasters geworfen und abtransportiert. Die Soldaten zwangen die übrigen Gewerkschafter zurück in den Bus, eröffneten dann das Feuer und verwundeten vier von ihnen.

In einer Protesterklärung des Partisan Defense Committee vom 11. März heißt es:

Die höchst gerechtfertigten sozialen Kämpfe der Telefonarbeiter und anderer Gewerkschaften sind die Quelle des gesellschaftlichen Fortschritts für El Salvador. Der Angriff gegen den Arbeiterführer Humberto Centeno eröffnet die gespenstische Aussicht auf Gräben, gefüllt mit den Opfern der Todesschwadronen. . . In diesem Land, wo die Kette von Morden nicht abreißt, muß – anstatt diese Führer umzubringen, wie es schon mit Hunderten von Arbeiterführern El Salvadors geschah, ebenso wie mit Erzbischof Romero – auf die Stimme der Ausgebeuteten und Unterdrückten gehört werden.